Nr. 621. 36. Jahrg.

Morgen-Ausgabe.

15 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 10,50 Mk., monatl. 3,50 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 3,67 Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6,75 Mk., für das übrige Ausland 10,75 Mk., bei täglich 2mal. Zustellung 8,75 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 1,80 M., Teuerungszuschlag 60%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 60 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1,60 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Freitag, den 5. Dezember 1919.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Aufhebung des Belagerungszustandes.

Endlose Preistreibereien.

Dem Reichskalirat, der am 2. d. M. in Berlin tagte, lag ein Antrag des Kalisyndikats vor, die Kalipreise um zirka 45 Proz. zu erhöhen, da die Löhne der Kaliarbeiter um 4 M. je Schicht erhöht werden müßten, was einen Mehraufwand von 56 Millionen Mark jährlich erfordere. Außerdem seien die Braunkohlenpreise seit der letzten Kalipreiserhöhung vom 1. August rapid gestiegen; während damals Braunkohle einschl. Steuer und Fracht sich auf 254,80 M. je 10 Tonnen berechneten, stellte sich der Preis am 15. November auf 374,90 M.

Die Vertreter der Landwirtschaft erklärten durch Herrn Dietrich (Potsdam), der geforderten Preiserhöhung nur dann zustimmen zu können, wenn der Reichskalirat sich für die Aufhebung der Zwangswirtschaft in der Landwirtschaft ausspreche. Unter kapitalistischen Interessenten wäscht eine Hand immer die andere, und so stimmte der Reichskalirat dem Verlangen der Agrarier mit 15 gegen 11 Stimmen der Arbeiter und Angestellten zu. Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften waren weder warm noch kalt, und enthielten sich zur Hälfte der Abstimmung, nachdem Herr Steger vom christlichen Gewerkverein in einer Einerseits-Anderseits-Rede für ein Entgegenkommen an die agrarischen Wünsche plädiert hatte. Eine nette Arbeitervertretung!

Die Landbündler gestehen mit diesem Vorgehen offen ein, daß die Zwangswirtschaft die Befriedigung ihres Appetits auf noch höhere Wucherpreise unterbindet und daß deren Aufhebung die agrarische Preisbildung in einer Weise beeinflussen würde, daß dem Volke die Augen übergehen müßten.

Interessant ist die Begründung des Kalisyndikats für die geforderten Preiserhöhungen, die allein für den Inlandsabsatz 187 Millionen Mark ausmachen, nachdem bereits am 1. August eine gleich hohe Preissteigerung beschlossen wurde. Die Belastung durch die Preissteigerung der Braunkohle seit 1. August erfordere allein 56 Millionen Mark. Nach den Ermittlungen auf 60 Kaliwerken betrage die Preissteigerung für Braunkohle je Tonne 12 M. innerhalb 3½ Monate. Der Bedarf der dem Kalisyndikat angeschlossenen Werke beträgt 47 Mill. Doppelzentner. Die Kaliindustrie ist der größte Abnehmer. Legt man die gleiche Preissteigerung der ganzen etwa 90 Mill. Tonnen betragenden Rohbraunkohlenerzeugung zugrunde, so ergibt sich eine jährliche Verteuerung auf Grund der Preissteigerung der Monate August-November um 1080 Mill. Mark.

Noch toller sieht die Preistreiberei aus, wenn man die jetzige Preishöhe in Vergleich stellt mit derjenigen des vierten Quartals 1918, für welches das Kalisyndikat einen Tonnenpreis von 11 Mark einschließlich Steuer und Fracht nachweist. Wir erlebten also eine Steigerung der Braunkohlenpreise von 26,44 Mark je Tonne innerhalb Jahresfrist. Das ergibt bei 90 Millionen Tonnen Jahresförderung zwei Milliarden 84 Millionen Mark Preissteigerung.

Der Braunkohlenbergbau umfaßte nach Angabe des Reichsanzeigers im zweiten Vierteljahr 102 000 Arbeiter, die zurzeit einen tariflichen Schichtlohn von 19 Mark haben. Die gesamte jährliche Lohnsumme beträgt also nach der augenblicklichen Lohnhöhe 581 Millionen Mark, macht also nicht viel mehr als den vierten Teil der Preissteigerung aus, die wir in Jahresfrist erlebt haben. Will man dann noch etwa erzählen, daß die Steigerung der sonstigen Gestehungskosten diese horrende Preistreiberei rechtfertigt? Oder will man immer noch mit dem Märchen der Unrentabilität des Braunkohlenbergbaues krebsen gehen, um vor der durch das Kabinett Bauer feierlich angekündigten Sozialisierung gruselig zu machen? Und wann endlich wird man zur Sozialisierung schreiten? Die kapitalistischen Interessenten in der Kaliindustrie liefern ja den besten Beweis, was durch die Sozialisierung des Braunkohlenbergbaues zu gewinnen ist.

Wir treiben rettungslos dem Abgrund zu, wenn die Preistreiberei mit den wichtigsten Rohstoffen so weitergeht. Die Preissteigerung der Braunkohle bescherte uns in vier Monaten eine Kaliverteuerung allein im Inlandsabsatz in Höhe von mehr als einer Viertelmilliarde Mark, die allerdings die deutsche Landwirtschaft in der Hauptsache verauslagt. Aber trotz Zwangsbewirtschaftung weiß die Landwirtschaft die Last auf die Konsumenten abzuwälzen, die ihrerseits gezwungen sind, immer wieder Lohn- und Gehaltsforderungen zu stellen, die dann wieder zu Preissteigerungen plus Extraprofiten Anlaß geben. Die Braunkohlenherren erscheinen denn auch mit neuen Forderungen schon auf dem Plan.

Das gleiche Schauspiel erleben wir in der Stahl- und Eisenindustrie. Am 1. Oktober setzte der Stahlbund einen Preisaufschlag von 250 Mark pro Tonne durch, so daß der Stahlpreis jetzt auf 1000 Mark steht. Aber im Exportgeschäft verdienen die Stahlbündler noch viel mehr. Holland zahlt für Stabeisen 200 Gulden, also fast 3500 M. je Tonne; die nordischen Länder 400 Kronen (bis zu 3800 M.) Leider ist es den Stahl- und Eisenmonopolisten nicht vergönnt, die ganze Erzeugung bei so festen Auslandspreisen nach Neutralien hinüberzuwerfen. Deshalb wollen sie Inlandsersatz. Der Stahlbund forderte zunächst für Stabeisen im Inlandsabsatz ab 1. Dezember 450 bis 500 M.; mit dem weiteren Niedergang der Valuta fordert er plötzlich Preisaufschläge von 600 Mark für Halbzeug, 750 Mark für Form- und Stabeisen, 800 Mark für Walzdraht, 1000 bis 1200 Mark für Bleche je Tonne. Diese Preiserhöhungen allein übersteigen das Achtfache der Friedenspreise für die betreffenden Artikel.

(Wie dieser Ausgleich gedacht ist, darüber belehrt uns eine Aeußerung des Kohlengewaltigen Stinnes. Dieser versprach kürzlich den Arbeitern bis zu 50 Mark Tagelohn — also das Doppelte bis Dreifache von heute —, wenn er die Weltmarktpreise für Kohle erhielte, die infolge des Valutastandes den zwanzigfachen Inlandspreis betragen! — D. Red.)

Angesichts dieses kapitalistischen Heißhungers steht einem doch der Verstand still und man fragt sich, wo denn das alles noch hinaus soll. Die „Angleichung" unserer Inlandspreise an die Weltmarktpreise, die ja freilich infolge des Tiefstandes der Mark fabelhaft hoch erscheinen, wird von kapitalistischer Seite mit Hochdruck betrieben. Wenn aber die Angleichung nur den Kapitalisten zugute kommen soll, und die Angleichung des Lohnes an die der Umwelt übersehen wird, treiben wir nur immer tiefer ins Elend hinein.

Nicht phantastische Preiserhöhungen, nur die Steigerung der Produktion kann unseren Geldwert erhöhen. Das Kalisyndikat klagt mit Recht über den Kohlenmangel, der weit über 100 Kaliwerke stillegt, während gerade Kali der wertvollste Ausfuhrartikel ist. Der Gesamtabsatz an Kali beträgt jetzt 8 Mill. Doppelzentner; davon werden 2 Mill. Doppelzentner hochwertige Kalisalze im Ausland abgesetzt, gegen 6 Mill. Doppelzentner im Jahre 1913. Könnten wir den Auslandsabsatz auch nur verdoppeln (und die Welt schreit förmlich nach deutschem Kali), so würden wir weit über eine Milliarde jährlich an Auslandsdevisen hereinbekommen und hätten das stärkste Mittel in der Hand, um der Geldentwertung entgegenzuwirken. Statt dessen erleben wir, daß sogar die Aluminiumindustrie mit Kohlenlieferungen bevorzugt wird, und die hochwichtigen Kaliwerke liegen still.

Der Ausgangspunkt zur wirtschaftlichen Gesundung liegt in der Kohlenproduktion. Wir brauchen 40 Mill. To. Steinkohle und 30 Mill. To. Braunkohle mehr, als uns nach dem Verlust der Saarkohle und der Abgabe von 21 Mill. To. Zwangslieferungen jetzt zur Verfügung stehen. Wir brauchen 150 000 Arbeiter mehr im Bergbau. Und die Vorbedingung ist, daß wir Wohnungen für sie schaffen. Eine andere Lösung der furchtbaren Kohlennot ist nicht möglich. Trotzdem erleben wir, daß gegen das geplante Bergmannsheimstättengesetz, das 100 000 Bergmannsheimstätten ermöglichen soll, und zwar in beschleunigtem Tempo, die unverständlichsten Hindernisse von partikularistischer und anderer Seite aufgetürmt werden, über die wir heute schweigen wollen. Die Bergarbeiter sind gewillt, am Aufbau mitzuarbeiten, aber sie sind auch willens, mit etwaigen künstlichen Hindernissen aufzuräumen.

Alles in allem: Die Preispolitik, die wir jetzt erleben, droht die Wirtschaft zu erdrosseln, statt ihr auf die Beine zu helfen; die Preiskrisis muß gelöst werden im antikapitalistischen Sinne. Dieser „Produktionsanreiz" hilft nur einigen wenigen privatkapitalistischen Monopolisten; das Volk aber und seine Wirtschaft treibt er dem Abgrund zu. Die Rohstoffkrise ist zu lösen, wenn sich Einsicht und Tatkraft paart, wenn man die Vorbedingung dazu schafft und die Rohstoffquellen schleunigst voll erschließt.

Nil. Osterroth.

Oberst Reinhard entlassen.

In der Bockbrauerei tagte Donnerstagabend die Funktionärkonferenz der S. P. D., in der Franz Krüger über das Thema „Der Kampf gegen die Reaktion und die Einigkeit der Arbeiterklasse" referierte. Er führte aus, daß man in der Freien Republik jedem Menschen das Recht der Meinungäußerung zubilligen müsse und daß man auch nichts dagegen haben könne, wenn die monarchistische Opposition mit geistigen Waffen kämpfe. Anders sei es, wenn Personen ihre amtliche Position mißbrauchen, um besondere Propaganda zu forcieren. Mit schärfsten Mitteln sei es zu bekämpfen, daß oftmals schwarz-weiß-rote Fahnen amtlicherseits verwandt werden. Ihre private Verwendung könne man ebensowenig inhibieren, wie die Verwendung roter Fahnen. Schade zu verurteilen sei es, daß zu Zeiten, wo Straßendemonstrationen durch den Belagerungszustand verboten sind, Deutschnationale gegen dieses Verbot verstoßen. Es seien noch viel zu viel Vertreter des alten Obrigkeitsstaates in amtlichen Stellen. In Lehrerstellen könne man wegen Mangels an Kräften nicht alsbald für republikanischen Ersatz sorgen. In der Verwaltung jedoch seien genug Leute da, die zum Ersatz alter reaktionärer Beamter heranzuziehen seien. Besonders zu beachten sei, daß die Posten der Personalreferenten baldigst durch Männer der Republik besetzt werden. Die Kreisblätter, die früher höchst regierungstreu-konservativ sein mußten, treiben heute als konservative Blätter, obgleich sie Regierungsorgane sind, schärfste Opposition.

Nun zu Noske! Nicht um der Kritik willen dürfe an ihm kritisiert werden, sondern wo die Kritik notwendig sei. Der reaktionäre Charakter der Reichswehr ist in zahlreichen Fällen in Erscheinung getreten. Besonders krass werde er durch den Prozeß Marloh gekennzeichnet. Wenn auch eventuell mildernde Momente anerkannt werden können, so sei doch die Erschießung der Matrosen nie und nimmer gerechtfertigt. Die Tat müsse über den jetzt Angeklagten hinaus ihre Sühne finden.

Oberst Reinhard sei nunmehr definitiv entlassen.

Auch werde es gegen ihn im Anschluß an den Prozeß Marloh zu einem Strafverfahren kommen. Die monarchistischen Offiziere, die ihre Posten dem Interesse der Republik zuwider mißbrauchten, können trotz ihrer früher geleisteten Dienste nicht Schonung erwarten. Die Sicherheitspolizei sei pflichtschuldig gegen deutschnationale Demonstrationen vorgegangen. Wenn auch Hindenburg und Mackensen mit Recht große Achtung beanspruchen können, so sei es doch zu verwerfen, wenn man sie zum Mittelpunkt politischer Demonstrationen mache. Besonders scharf muß man den Trennungsstrich zwischen den beiden Herrführern und dem durchaus anrüchigen Ludendorff ziehen. Der Belagerungszustand müsse aufgehoben werden. Dadurch könnten die Kommunisten wohl wieder etwas Oberwasser bekommen und auch einiger Spektakel entstehen. Dies genüge aber nicht dazu, den Belagerungszustand aufrechtzuerhalten. Die Reichsregierung und an erster Stelle Noske hätten

die Aufhebung des Belagerungszustandes beschlossen.

Ein diesbezüglicher Beschluß der preußischen Regierung stehe noch aus, sei jedoch in den nächsten Tagen zu erwarten. Damit verschwindet die Reichswehr aus dem öffentlichen Leben. Dann sei die Bahn für den politischen Kampf gegen rechts frei. Leider ist sie nicht völlig frei, da die Einigkeit der Arbeiterschaft nicht herzustellen sei. Selbst wenn die Unabhängigen zu einer Einigung bereit wären, scheiden die Kommunisten nach wie vor aus und eine Einigkeit der Arbeiterklasse bestehe doch nicht. Auf dem Boden des Erfurter Programms wolle sich die Sozialdemokratische Partei sehr gern einigen. Die Führer würden sich unter keinen Umständen dem hindernd in den Weg stellen. Die Unabhängigen indessen denken nicht daran, sich zu einigen, weil sie sich auf dem Leipziger Parteitag auf das Rätesystem und die Diktatur des Proletariats festgelegt haben. Es müsse jetzt die Frage aufgeworfen werden, auf wessen Schultern das Nichtzustandekommen der Einigung ruht. Die einigungsfeindlichen Unabhängigen stärken nur die Reaktion durch die Verschärfung des Zwiespaltes.

Nach lebhafter Debatte wurde eine

Entschließung

angenommen, die nach der Aufforderung zum schärfsten Kampf für die Republik und gegen die Reaktion erklärt, daß die Unabhängigen die Einigung des Proletariats durch ihre Abkehr vom sozialdemokratischen Programm verhindert haben.

Grundsätzliches für die Arbeitsgemeinschaften.

Die „Post" bringt eine Meldung, wonach die Stellung des Unterstaatssekretärs Hirsch im Reichswirtschaftsministerium erschüttert sein soll. Sie widmet ihm bereits

einen sieghaften Abgesang. Die Meldung entbehrt natürlich jeder Grundlage.

Gleichwohl hat die Nachricht als Versuchsballon der kapitalistischen Treiber etwas Symptomatisches. Die Schwerindustrie sieht in Hirsch einen Feind. Sie wird ihm seinen leider zu rasch erlahmten Widerstand gegen die letzten Eisenpreiserhöhungen nicht leicht verzeihen. Dann aber ist in diesem Zusammenhange noch eine andere Tatsache interessant. Bekanntlich steht eine Neuregelung des Außenhandels, die bereits durch den B. Z. R.-Offiziosus angekündigt wurde, bevor. Das Reichsfinanzministerium hat, wohl nicht unbeeinflußt von der Haltung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, eine Politik eingeschlagen, die in ihrer praktischen Wirkung auf eine Sabotage der Ausfuhrzölle hinausläuft. Man zögert und verhandelt, bis die ganze Sache keinen Zweck mehr hat.

Uns scheint diese Haltung des Reichsfinanzministers rätselhaft. Ganz abgesehen davon, daß es nicht zu begreifen ist, woher er soviel Geldmittel für das Reich nehmen will, daß er auf Zölle verzichten zu können glaubt, waren die Ausfuhrzölle ja als Erschwerung der Kapitalflucht durch den Warenexport gedacht. Aber ihr entgegenzuwirken, scheint Erzberger sich nicht verpflichtet zu fühlen. Ihm genügt es wohl, wenn er das Vermögen erfaßt, das so dumm ist, im Lande zu bleiben! Der Kapitalschieber darf mit so unangenehmen Dingen nicht belästigt werden!

Das ist denn doch etwas stark und wir können nicht umhin, unsere Genossen auf die Gefahren dieser Stellungnahme hinzuweisen. Das ganz besonders deshalb, weil bereits ein Teil der in den Arbeitsgemeinschaften vertretenen Arbeiterführer unserer Partei in ganz befremdlicher Weise mit den Quertreibern gegen die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung liebäugelt. So weit sind zu anderen Zeiten die Begriffe von Arbeitsfriedlichkeit in den freien Gewerkschaften nicht gediehen! Es gibt tatsächlich schon sozialdemokratische Arbeiter als Vorkämpfer gegen die Zwangswirtschaft; in der Ausfuhrzollfrage besteht gleichfalls die Gefahr, daß sie vom Reichsverband der deutschen Industrie eingewickelt werden. Wenn die Parteisolidarität so leicht zu erschüttern ist, wird man sich in Zukunft die Genossen, die ein verantwortliches Amt zu übernehmen haben, mit der Laterne suchen können. Die Landwirtschaft denkt nicht an Selbstverwaltung im Gemeininteresse, ihr liegt nur an hohen Preisen, die der Arbeiter zu tragen hat. Diese mit dem Vorwand der Produktionssteigerung zu begründen, ist nicht stichhaltig.

Die Ausführungen des Genossen Osterroth, die an der Spitze dieses Blattes abgedruckt wurden, reden eine deutliche Sprache. Von einem flammenden Protest der Arbeitervertreter in den beteiligten Arbeitsgemeinschaften gegen die Preistreiberei haben wir noch keinen Laut vernommen. Da haben wir denn den schönsten Fachkapitalismus: Arbeiter friedlich Seite an Seite mit den Unternehmern — dann eine Kluft. Auf der anderen Seite der Verbraucher — ihn beißen die Hunde!

Wir warnen vor dieser Politik, die die Arbeiterschaft auf das schwerste gefährdet, das Proletariat schwächt. —

Unabhängige Verkleisterung.

Der unabhängige Parteitag in Leipzig hat einstimmig ein Aktionsprogramm angenommen, das von einer Redaktionskommission vorberaten war. Diese Kommission setzte sich zu etwa zwei Dritteln aus Vertretern der Linken, zu einem Drittel aus Vertretern der Rechten zusammen. Das Programm selbst enthält daher auch für die Rechte nur so viel Konzessionen, daß sie es gerade noch schlucken zu können glaubte.

Das Programm weist als Ziel die soziale Demokratie und als Weg die Diktatur des Proletariats. Es bekennt sich zum Rätesystem, aber auch zu parlamentarischen Kampfmitteln und predigt die „Aktion der Masse" unter Verwerfung eines gewaltsamen Vorgehens einzelner Gruppen oder Personen. Es wird nicht ausdrücklich gesagt, daß die Diktatur des Proletariats auf den Trümmern der bestehenden Demokratie zu errichten ist, doch läßt der Wortlaut in dieser Richtung jede Deutung zu. Von den Teilnehmern des Parteitages hatte keiner den Mut, zu erklären, daß der Sieg der Arbeiterklasse nur auf dem friedlichen Weg der Demokratie gewonnen werden könne, obwohl zweifellos ein Teil von ihnen auf diesem Standpunkt steht.

Zwischen der Sozialdemokratie und der Partei der Unabhängigen ist damit klar der Gegensatz gegeben, daß sich die erste unbedingt für die Auskämpfung des Klassenkampfes durch allgemeine Volkswahlen und Volksabstimmungen erklärt, während die zweite das nicht tut, sondern mit der gewaltsamen Eroberung der Macht durch eine Minderheit wenigstens kokettiert. Die Sozialdemokratie wird aber nie dafür zu haben sein, daß man sich gewaltsam über den erklärten Willen des Volkes hinwegsetzt, sondern sie wird solchen Versuchen gegenüber fest zur demokratischen Republik stehen. Daraus ergibt sich der grundsätzliche Gegensatz und auch die Möglichkeit künftiger schwerer Konflikte.

Es ist jetzt schon vorauszusehen, daß die unabhängige Rechte mit ihrem kaum noch laut sich hervorwagenden Wunsch nach einem Anschluß an die Genfer Internationale durchfallen wird. Sie wird schon viel erreicht zu haben glauben, wenn es ihr gelingt, den Anschluß an Moskau zu verhindern. Dem Charakter dieses Parteitags würde es denn auch entsprechen, wenn man zwischen Genf und Moskau irgendwo in der Luft hängen bliebe. Es bleibt dann bei der Dreiteilung der Arbeiterbewegung: die Sozialdemokraten entschieden für Demokratie und Genf, die Kommunisten entschieden für terroristische Diktatur und Moskau, die Unabhängigen dazwischen hin- und herbammelnd, taktisch aber ihren Radikalinskis Rechnung tragend.

Dadurch wird die äußere Einheit der Unabhängigen, aber auch die äußere und innere Uneinigkeit der Arbeiterbewegung aufrecht erhalten. Es bleibt dann nichts anderes übrig als abzuwarten, bis die Besinnung wiederkehrt und die Vernunft der Tatsachen sich durchsetzt.

Klärung nach links.

(Hamburger Drahtbericht des „Vorwärts".)

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben den Bedingungen der Direktion der Vulkanwerft zugestimmt und ihre Verhandlungskommission mit der Weiterführung der Wiederaufnahmeverhandlungen beauftragt.

Es ist zu begrüßen, daß die Mehrheit der Arbeiterschaft durch diesen Beschluß deutlich von den kommunistischen Quertreibern abrückt. Diese stehen nun, da sie nicht wieder Aufnahme in den Betrieb finden, vor den Folgen ihrer Sabotagepolitik. Bemerkenswert ist das geschlossene Auftreten von U. S. P. und S. P. D. im Verlauf der Ereignisse.

(Wird der Leipziger Parteitag nicht noch rasch die Nichtsabsteure hinausschmeißen?)

Haussuchung bei Sklarz.

Der Erste Staatsanwalt beim Landgericht I hat heute in den Geschäftsräumen von Georg Sklarz und in den Geschäftsräumen seiner Bevollmächtigten eine Durchsuchung vornehmen lassen. Sämtliche vorgefundenen Geschäftsbücher, Briefe und sämtliche Papiere wurden beschlagnahmt.

Die Beamtenbesoldungsreform.

Der Interfraktionelle Ausschuß für Beamtenfragen der Nationalversammlung beschäftigte sich in der Donnerstagsitzung mit einer Reihe von Petitionen und nahm darauf in einer eingehenden Aussprache Stellung zur Frage der Beamtenbesoldungsreform. Es wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: „Der Interfraktionelle Ausschuß für Beamtenfragen der Nationalversammlung ersucht die Reichsregierung, die Vorbereitungen zur Besoldungsreform so zu beschleunigen, daß die Neuregelung am 1. April 1920 bestimmt erfolgen kann. Von den Grundlinien der Besoldungsreform wünscht der Ausschuß baldigst unterrichtet zu werden. Im Hinblick auf die aufs äußerste gefährdete wirtschaftliche Lage der Beamten beschloß der Ausschuß, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die Frage der Teuerungszulagen zu setzen."

Die Kriegsschuld-Untersuchung.

Der erste Untersuchungsausschuß beendete unter Vorsitz des Abg. Dr. Quarck seine Vorbereitungsarbeiten. Unter lebhafter Mitarbeit der Sachverständigen, darunter Graf Montgelas und Kautsky, wurde der Fragebogen festgestellt, der zuerst zur schriftlichen Beantwortung bis Anfang Januar an die etwa 30 Auskunftspersonen geht. Unter diesen befinden sich Bethmann Hollweg, Jagow, Zimmermann, die Spitzen der Militär- und Marineverwaltung, sowie eine Anzahl von diplomatischen Persönlichkeiten. Nach Einlaufen der schriftlichen Antworten wird dann Anfang Januar zur mündlichen Vernehmung geschritten werden. Für jede Frage des Fragebogens ist aus der Kommission ein Referent und ein Sachverständiger zur speziellen Bearbeitung in Aussicht genommen. Zum Schluß besprach der Ausschuß in Gegenwart Kautskys die bekannte Veröffentlichungsaffäre.

Ein Appell an das Kulturgewissen.

Ein Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Arbeiterschaft aller Länder stellt fest, daß Deutschland seine Kriegsgefangenen nur zurückerhält, wenn es an deren Stelle andere Gefangene entsendet und fragt die französischen Arbeiter und insbesondere die französischen Gewerkschaften:

Seht Ihr denn nicht, wie das französische Unternehmertum in trauter Gemeinsamkeit mit Eurer Regierung die deutschen Kriegsgefangenen, Eure Klassengenossen, zurückhält, nur zu dem Zweck, um sich aus der Sklavenarbeit der Kriegsgefangenen die Taschen zu füllen?

Seht Ihr nicht, wie die deutschen Kriegsgefangenen zugleich auch dazu mißbraucht werden, um Eure eigenen berechtigten Forderungen niederzuhalten, daß sie, die Kriegsgefangenen, gebraucht werden, um sie gegen Euch ausnutzen zu können, wenn Ihr es wagen wolltet, einen gerechteren Anteil am Ertrage Eurer Arbeit zu fordern!

Wenn Ihr das einseht — und Ihr müßt ja erkennen, daß es so ist — dann richten wir an Euch, französische Arbeiter und Klassengenossen, die ganz besondere Aufforderung, uns in unserem Kampfe um die Befreiung unserer gefangenen Brüder wirksam zu unterstützen.

Der Aufruf schließt:

Wenn Ihr das nicht tun wollt, dann fällt auf Euch die Verantwortung dafür, daß in der Weltgeschichte das französische Volk den Namen und Ruf einer Kulturnation für immer verliert.

Wir appellieren aber auch an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der ganzen Welt, mit den deutschen Arbeitern gemeinsam ihre Stimme zu erheben zum Protest gegen die ungeheure Vergewaltigung des deutschen Volkes und die rohe Barbarei der französischen Machthaber.

Der Frieden abermals vertagt.

Die „Basler Nachrichten" melden aus Paris, daß infolge der ungeklärten Lage die für Anfang Dezember in Aussicht genommene Ratifizierung des Friedensvertrages auf unbestimmte Zeit vertagt worden ist.

Ich bekenne.

Was bedeutet dies Frauenbuch von Clara Müller?

Aus glühendem Lebenswillen ist das Buch von Liebe und Ehe hervorgegangen, das Clara Müller, die zukunftgläubige sozialistische Dichterin, vor Jahren schrieb, das Buch: „Ich bekenne". Nun wird es abermals ausgesandt: als neuer Band der „Vorwärts-Bücherei, die der Berliner Parteiverlag herausgibt. Als ein wertvolles Gut gehört es unseren Frauen und Mädchen, und wie es gestern stark im brennenden Bewegen des Tages gestanden hat, so gehört es nun auch in unsere Zeit neuen, befreiteren Kämpfens, der das schwere Werk zufällt, die Menschen zu formen, deren Leben sichern soll, was wir dem Leben ersehnen. Denn, geschrieben mit ringendem Herzblut, ist es ein Buch, das aus der Kraft des einzelnen vorwärts führen will. Ist die Liebe ein Höchstes, worin das Dasein sich zu erweisen hat, so muß sie frei sein von allem, was Lüge heißt. Ihr Handeln darf nur Wahrheit kennen. In diesem Buch aber befreit sich eine Weibesseele zu solchem Handeln.

Hinter uns versinken Zeiten ärgster Vergewaltigung menschlicher Naturliebe. Was bisher Gesellschaftsordnung hieß, steht auf den Tafeln der Geschichte gebrandmarkt als ungeheuerlichste Unordnung, die mit Qual und Blut von Millionen und abermals Millionen bezahlt worden ist. Im Liebesleben der Geschöpfe vollzieht sich herrlichste Entfaltung der Daseinskräfte; aber was hat des Menschen Kultur aus diesem Geschenk der Schöpfung gemacht? Fluchbeladen kümmert es hin, kann nicht sein, was es in unwiderstehlich drängendem Triebe zu sein verlangt, und muß Dornenkronen der Verzweiflung und des Elends tragen. Was ein jauchzendes Lichtstürmen sein will, ist verdammt zu Golgathanöten, unter Kreuzeslasten muß der eingeborene Wille zum Glück sich hinschleppen.

Daß es gilt, mehr zu sein als das Tier, das nur die dumpfe Sucht der Triebbefriedigung fühlt, dies Ziel hat des Menschen Seele begriffen. Auch aus diesem sinnlichen Heil der einzelnen strömen dem Gedeihen der Gesellschaft Werte von wandelnder Kraft zu. Der Wille zum Kinde, dieser heilige Sinn menschlicher Liebessehnsucht, muß reifen zu einem Willen, der die höchste gesellschaftliche Erfüllung begehrt. Das aber setzt Menschen voraus, in deren Wesen alles Wurzel geschlagen hat und Blüte geworden ist, was dem ersehnten zukünftigen Gemeinschaftsleben das Gepräge geben wird. Können wir heute schon Menschen solches Geistes werden? Wer zum Ziele erwachen kann, mag seinen Willen in Zucht nehmen. Er wird es aus innerstem Drange müssen, denn sonst würde die Erkenntnis sich seinem Dasein nicht entwirren. Sie bricht nur hervor, wo die Kraft zum Wollen Tat wird. Sie ist nichts anderes als die letzte Stufe des Liebeserlebens, die entscheidende, gesellschaftlich notwendige Klärung, die über Vergewaltigungen der Natur Herr wird.

Das aber ist der Sinn des Bekenntnisbuchs, das Clara Müller ihrer Seele abgerungen hat. Dies Buch, von vielen Tausenden schon geliebt, weist der Ehe, der unsäglich geschändeten, den Weg, auf dem sie werden kann, was sie bisher nicht sein konnte: ein Sakrament, das gesellschaftliche Bedeutung haben wird. Denn beruhen soll es auf einer Liebe, die, von keiner Lüge mehr gehemmt, in voller schöpferischer Willenskraft ihrem Ziele entgegenglüht. „Wir müssen auch die Liebe erlernen, wie jede andere Kunst; und sie ist gar eine schwere Kunst, die Lebenskunst des Weibes." Dort aber, wo sie gewonnen ist, beginnt die Ehe, die ein Segen werden kann.

lrd.

Eduard Seler, der Erforscher altamerikanischer Kulturen, der seit den achtziger Jahren am Berliner Museum für Völkerkunde wirkt, seit anderthalb Jahrzehnten als Abteilungsdirektor, wird heute ein Siebziger. Im Verlauf eines Vierteljahrhunderts, zuletzt 1910 bis 1912, bereiste er zu sechs Malen die mittel- und südamerikanischen Gebiete, um deren altgeschichtliche Erschließung sein Forschen sich mühte. Diese Arbeit war auf die Ausdeutung der alten Bilderhandschriften angewiesen, und was er darin Bedeutendes geleistet hat, ist wissenschaftlich international durch viele Ehrungen anerkannt worden. Kürzlich, am 29. Oktober, wurde er, bei Gelegenheit des fünfzigsten Stiftungsfestes der Deutschen Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte zu deren Ehrenmitglied ernannt. Zu seinen Hauptforschungen, den Untersuchungen über die mexikanischen Bilderinschriften, gehören mehrere Werke über den Codex Vatikanus, den Codex Borgia und über die Sprache der Maya in Yucatan. Sein Hauptwerk sind die gesammelten Abhandlungen zur amerikanischen Sprach- und Altertumskunde, die in den Jahren 1902—1908 erschienen sind. Sie umfassen drei dicke Bände. Seler war es auch, der die großen Stein-Skulpturplatten aus Santa Luzia nach Berlin gebracht hat, die im Museum für Völkerkunde aufbewahrt werden.

August Renoir, der berühmte französische Maler, ist, 78 Jahre alt, in Paris gestorben. Er war seinerzeit einer der Ersten, die sich die technischen Errungenschaften der durch Manet begründeten Freilichtmalerei und den Impressionismus zu eigen machten. Aus Augenblickseindrücken schuf er seine Porträts und seine Landschaften, die durch das Fehlen alles Repräsentativen und Romantischen ein naturalistisches Gepräge erhielten, durch ihre lineare und koloristische Grazie aber die Tradition der echt französischen Rokokokultur dokumentierten, die in Renoir trotz aller Modernität lebhaftig nachwirkte. Bahnbrechend wurde er besonders durch die neue Art der Farbengebung, durch das in allen Nuancen des Regenbogens flimmernde Zauberlicht, daß er über seine Akte hingoß und in das er seine Landschaften tauchte. Ein scharfer Beobachter, der die Poesie des Großstadtlebens entdeckte. Gleich einem Märchenträumer erschuf seine Phantasie aus den Bestandteilen der nüchternen Wirklichkeit eine Welt neuer Schönheiten.

Hans Reimann versuchte wieder einmal einen Vorstoß nach Berlin. Er ist ihm wenig geglückt. Der Meistersaal sah eine, wie es schien, zwar sichere, aber doch nur kleine Gemeinde, und die mußte sich einen enttäuschten, einigermaßen unlustigen Humoristen gefallen lassen. Sie nahm ihn jedoch mit freundschaftlicher Geduld hin. Die Versuche des Vorlesers, gegen das keimende Leben seines Programms mit allzu tückischen Kürzungseingriffen zu sündigen, wurden durch wohlgelaunt gegenwirkende Beifalls- und Lachhaftigkeitsoperationen mehrfach erfolgreich sabotiert, aber ein Kind von ausgeglichenen Maßen kam in diesem Kleinkriege von Abneigung und Ueberlisten nicht zuwege. Der Humor Hans Reimanns entfaltet sich gern auf dem Grunde breitnaturalistischer Kleinmalerei von Szenen des Lebens; da bitzt er Schritt um Schritt a[illegible] Ertrag scharfen Schauens, und nur eine Leipziger Zunge (das bewies Reimann, der vortrefflich vorträgt) kann den witzigen Reichtum dieser Genrebilder zutage fördern. Daß dieser Humorist nicht den sächsischen Witzlingen gleichgesetzt werden darf, die in den „Fliegenden Blättern" und dergleichen lange Zeit den Spießer unterhielten, braucht nicht mehr besonders gesagt zu werden. Der Leipziger „Drache", den Reimann vor etlichen Monaten auf die kraftsüchtigen Typen gestellt hat, zeigt den Kultursatiriker, der seiner Zeit ein Stück Dienst leisten will. Eine Probe dieser ernstspaßenden Satire trug Reimann jetzt vor in dem Bilde: „Der Einzug des Kinokönigs", einem ergötzlich bewegten Akt aus der Geschichte einer Null, die zur Persönlichkeit emposaunt wird. Von Arbeiten dieser Art hätte das Programm, das eben gar zu formlos war, getragen sein müssen. Es ist schon nötig, nur größeres Geschütz spielen zu lassen, wenn man Berlin überzeugen und gewinnen will.

zd.

Ein Film über die sämtlichen Parasiten der Menschen ist zurzeit in Bearbeitung. Die ersten Aufnahmen sind in dem mikro-kinematographischen Laboratorium bei der Kulturabteilung der Ufa bereits fertiggestellt. Der Film wird nicht nur die verschiedenen Schmarotzer in starker Vergrößerung lebend vor Augen führen, sondern gestattet auch Einblicke in Lebensweise und Entwicklung dieser Quälgeister, zeigt ihre Kau- und Fortbewegungswerkzeuge, ja teilweise sogar die feinsten Vorgänge in der Verdauung.

Theater. In den Kammerspielen des Deutschen Theaters wird Anfang nächster Woche Strindbergs „Advent" erstmals aufgeführt. — Das Staatstheater nahm Ulrich Steindorffs Drama „Buddrams Auferstehung" an.

Musik. Im Schubertsaal, Bülowstraße 104, findet am 8. Dezember, nachmittags 5 Uhr, unter Mitwirkung namhafter Künstler ein Konzert zugunsten der aus den Grenzgebieten vertriebenen Reichsdeutschen statt.

In der Gedächtnismatinee für Hermann Essig, die am 7. Dezember, 11 Uhr, im Kleinen Schauspielhaus stattfindet, wirkt außer Tilla Durieux und Alfred Abel noch Maria Fuchs mit. Sie singt zum erstenmal Lieder Essigs, die von Robert Hernried-Mannheim und Richard Arnheim-Neukölln vertont sind.

Märchenvorlesungen bieten Oskar Ludwig Brandt und Margarete Brandt-Jacoby am 14., 17. und 21. Dezember im Meistersaal.

Irene Triesch veranstaltet zum Besten der hungernden Kinder Wiens am 26. Januar in der Singakademie einen Vortragsabend mit vollständig neuem Programm.

Dichtungen Franz Werfels bringt Eva Martersteig am 9. Dezember im Saal der Berliner Sezession zum Vortrag.

Eine Tanzmatinee veranstalten am 7. Dezember, mittags ½12 Uhr, Sent M'ahesa und Ronny Johansson im Blüthnersaal.

Freihandelsbewegung und Friedensbestrebungen. Das Kristianiaer Nobelinstitut setzt 5000 Kronen an Preisen aus für bis zum 1. Juli 1922 einzuliefernde Darstellungen der Geschichte der Freihandelsbewegung im 19. Jahrhundert und ihre Bedeutung für die Friedensbestrebungen.

Preußische Kultusdebatte.

In der Donnerstagsitzung der Landesversammlung setzte zunächst

Adolf **Hoffmann** (U. Soz.) die Kultusdebatte fort. Er findet keinen Unterschied zu früher; nur die Firma habe gewechselt. Dann erzählt er u. a., er habe sich im Kultusministerium eine Krankheit geholt. (Schallende Heiterkeit. Zuruf: Sie sind ja jetzt noch krank!) Die hat mich dreimal soviel gekostet, als das ganze Gehalt. Herr Haenisch hat durch seine Rückwärtserei die Zentrumswünsche nur vergrößert. Ja, Herr Kultusminister, wenn Sie das Zentrum haben wollen, dann müssen Sie katholisch werden. (Stürmische Heiterkeit.) Konrad, werde hart! Er krümmt sich wie ein Wurm, aber sein schwarzes Gefieder kann er nicht ablegen. (Gelächter.) Ich habe nach meinem Austritt aus dem Kultusministerium geschrieben: „Haenisch geht nach Canossa". Es muß aber heißen „Maria Laach". Wäre Haenisch doch gleich dageblieben und Mönch geworden. Mit den alten Geheimräten kann man keine Kulturpolitik machen. Haenisch hätte sich gern von allen Sozialisten losgemacht, weil sie ihm unbequem geworden sind. Er will auch

meine Büste im Kultusministerium

aufstellen lassen und hat mich um meine Wünsche wegen des Künstlers gefragt. Ich habe da keine Wünsche. Aber ich bitte: Stellen Sie Herrn Haenisch nicht neben mich! (Große Heiterkeit.) Kulturpolitik ist nicht möglich ohne **Bekämpfung des Alkohols**. Das Unterrichtswesen muß durch ein **Rätesystem** umgestaltet werden. **Der „Aufstieg der Begabten" ist nur ein Mittel, der Arbeiterschaft die besten Kräfte zu entziehen.** (!) Her mit der wirklichen Einheitsschule! Fort mit allen Fesseln des dogmatischen Kirchenglaubens. Geben Sie die Milliardenschätze der Kirche her zur Linderung der Notlage des Volkes, das einst Gold für Eisen gab. Machen Sie es auch so! (Großer Lärm beim Zentrum, lebh. Beifall b. d. Unabh.)

Abg. Schlichtmann (Soz.):

Das Ministerium muß in viel höherem Grade als bisher

unseren Besitz an Kunst

an das Volk heranbringen. Die Rechte und das Zentrum befürchtet Schäden für die Kirche bei ihrer Trennung vom Staat. Sie sollten sich lieber darüber freuen, daß es trotz der Revolution der Kirche in Deutschland noch so gut geht. Das **Weimarer Kompromiß** hat von uns große Opfer gefordert. Es war nicht schön und nicht vaterländisch von der Zentrumspartei, daß sie als besonderes Druckmittel ihren Einfluß in den **Grenzgebieten** in die Wagschale geworfen hat. Der Zentrumsredner, der die Kirche als Stütze für den Staat unentbehrlich hielt, scheint von den Zeitereignissen ziemlich unberührt geblieben zu sein. Diese Autoritätsstütze kann der neue Staat wahrlich **entbehren**. (Beif. b. d. Soz.) Ebenso ist die Kirche auch durchaus nicht notwendig als Stütze der **Sittlichkeit**. Gerade zur Zeit ihrer höchsten Blüte sind auch die sittlichen **Entartungserscheinungen** am schärfsten hervorgetreten. Die Kirchenaustrittsbewegung ist keineswegs von der Sozialdemokratie planmäßig eingeleitet worden. Die Kirche versucht aber, die ihr abgeneigten Volkskreise mit **unzulässigen** Mitteln **festzuhalten**. (Zustimmung links.) In Schulfragen bestehen zwischen uns und dem Zentrum unüberbrückbare Gegensätze, obwohl das Kompromiß da ist und durchgeführt werden muß. Unser Ziel aber bleibt die Entfernung alles unnötigen Ballastes aus der Schule. Nur dann können die Kräfte des Volkes zur vollen Entwickelung kommen. Ueber dem Elternrecht in der Schule steht für uns das **Staatsrecht**. Wir wünschen, daß der demokratisch-sozialistische Gedanke überall zum Durchbruch kommt. Wenn das Ministerium in solchem Sinne eine lebendige Führung erkennen läßt, wird auch der größte Teil der sozialdemokratischen Arbeiterschaft geschlossen hinter ihm stehen. (Lebh. Beifall. b. d. Soz.)

Abg. Dr. **Jordan** (Dem.): An der Forderung der Einheitsschule halten wir fest, auch wenn die höhere Schule Einbuße erleidet. Nachdem das Schulkompromiß, das wir mit schwerem Herzen betrachten, da ist, muß es auch loyal durchgeführt werden. Den

Mißbrauch der Jugend

zu politischen Zwecken bekämpfen wir mit äußerster Entschiedenheit und glauben, daß die **wirklichen** Schulmänner aller Parteien in der **Verurteilung jeder politischen Jugendbewegung einig** sind. Wir verlangen, daß für die körperliche Erziehung der Jugend Tatch kommen. Die Gleichberechtigung muß auch zur Anstellung von **Frauen** in der Schulleitung und -aufsicht führen. Wir sind für die Trennung von Kirche und Staat; nach der Umwälzung kommt eine andere Regelung überhaupt nicht in Betracht. Bis zu ihrer grundsätzlichen Durchführung müssen vom Staat alle Konfessionen gleichmäßig behandelt werden. Unter Duldung des evangelischen Oberkirchenrats haben die kirchlichen Behörden amtlich aufgefordert, nur die **deutsche Volkspartei** zu wählen. (Lebhaftes Hört, hört!) Wenn man so die Demokraten aus der Kirche verdrängen will, soll man auf der anderen Seite nicht über demokratische Unkirchlichkeit klagen. Die demokratische Kirchenpolitik entspricht den Wünschen der Mehrheit des Volkes; sie erstrebt die deutsche Volkskirche. (Lebh. Beifall b. d. Dem.)

Abg. **Oelze** (Dnatl. Vp.): Bei den Kirchenwahlen sind wir sowohl gegen die Einmischung des Staates wie gegen die der Landesversammlung. Das Schulkompromiß wird von uns aufs tiefste bedauert; denn viele Volksgenossen verlieren dadurch den Zusammenhang mit der Religion, die doch auch Kulturwerte enthält. Hinsichtlich des Völkerbundes wäre etwas mehr Zurückhaltung und Würde am Platze; bei unseren Gegnern wird über das deutsche Volk doch schließlich eine andere Meinung zum Durchbruch kommen.

Kultusminister Haenisch:

Wünscht Herr Hoffmann, daß seine Büste im Kultusministerium aufgestellt wird? (Große Heiterkeit.) Hätte ich nicht gefragt, dann hätten gerade die Unabhängigen großen Lärm gemacht. (Lebh. Zustimmung.) Im übrigen kommt Herr Hoffmann neben Herrn v. Trott zu Solz zu stehen und wird in der Sammlung der Büsten einen der schönsten Charakterköpfe — äußerlich — (stürmische Heiterkeit) darstellen. Herr Hoffmann ist auch der **einzige** Abgeordnete von der äußersten Rechten bis einschließlich der äußersten Linken, der in Verbindung mit der Sklarz-Affäre meine Politik wegen meiner Beziehungen zur „Glocke" für **geschäftlich beeinflußbar** gehalten hat. Die Angriffe des Zentrums, das behauptet hat, ich hätte die katholische Kirche zu untergraben gesucht und die gegenteiligen Angriffe Hoffmanns, ich hätte mich dem Zentrum unterworfen, heben sich auf. Ich bin weder ein Kirchenfeind, noch ein Nachläufer des Zentrums. Aus allen Parteilagern, aus denen ich Angriffe bekommen habe, sind mir auch Anerkennungen zuteil geworden. Ein Bitterfelder Stadtrat der U. S. P. hat mir u. a. geschrieben, er müsse zu seiner Freude feststellen, daß in meinem Ministerium eine durchaus **moderne** Auffassung herrsche. Es sei ihm eine angenehme Pflicht, das anzuerkennen. Auch aus Zentrumskreisen und sogar aus deutschnationalen ist meine praktische Arbeit anerkannt worden. Das Rätesystem im Schulwesen, ein elender Abklatsch des russischen Systems, würde uns in einer Weise **bankrott** machen, wie es schlimmer gar nicht denkbar ist. (Allgemeine Zustimmung.) Im Kultusministerium sitzen 13 Sozialdemokraten und zwei Unabhängige. Reibungen kommen vor, sind aber immer noch so geschlichtet, daß die Allgemeinheit keinen Schaden genommen hat. Die jetzige Koalition stellt gerade dem Kultusministerium die schwierigsten Aufgaben. Bei Berufung sozialdemokratischer und demokratischer Schulmänner habe ich mich keineswegs von parteipolitischen Rücksichten leiten lassen. Der

Lehrer kann jeder Partei angehören.

Es ist aber seine Pflicht, die Jugend zu erziehen in Achtung vor der Verfassung und im Gehorsam gegen die **Gesetze**. (Lebh. Zustimmung links.) Unsere Jugend soll für die großen Gedanken des wahren **Völkerbundes** gewonnen werden. Völkerbund und starkes nationales Selbstbewußtsein vertragen sich durchaus. Ich bin national, Sie aber (zur Rechten) sind nationalistisch. (Unruhe rechts, lebhafte Zustimmung links.) Ein Volk, das wie das deutsche mit solcher Gründlichkeit und solchem Ernste großzügige Kulturpolitik treibt, kann nicht dauernd zu Boden geschlagen bleiben, **es wird wieder zum Lichte kommen.** (Lebh. Beifall.)

Abg. Frank (Soz.):

Das Kunstgewerbe, das teilweise noch dem **Handelsministerium** unterstellt ist und das Lichtbild müssen möglichst bald dem **Kultusministerium** überwiesen werden. Dieses muß sich namentlich auch mehr für die wirtschaftliche

Notlage der Künstler

interessieren und die Organisation, die die Künstler zu ihrer Selbsthilfe geschaffen haben, unterstützen, damit die Welt wieder Achtung vor der Künstlerschaft bekommt. Das Theater soll der Verbreitung des Geschmacks und der Veredelung der Sitten dienen. Leider sind die Berliner Theater seit langem auf dem Wege, völlig zu **Geschäftstheatern** zu werden. Wir verlangen **Sozialisierung des Theaters**, Zuständigkeit des Kultusministeriums dafür und Förderung der Freien Volksbühnen. Der Film hat eine große kulturpolitische Zukunft. Was soll mit der Siegesallee werden? Aus dieser kitschigen Schöpfung spricht der Geist, der uns zum Kriege geführt hat. Wir fordern vom Kultusminister vermehrte Pflege des Volksliedes und der modernen Dichter, wie z. B. Arno Holz.

Nach etwa 10stündiger Sitzung vertagte das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr. Schluß gegen 9 Uhr.

Groß-Berlin

Kommunale Betriebe müssen Musterbetriebe sein.

Zu unserem mit der Ueberschrift „Wenn man erste Hilfe braucht!" veröffentlichten Artikel schreibt uns das Rettungsamt Groß-Berlin:

„Die in der Nr. 606 Ihres geschätzten Blattes enthaltene Klage über verspätete Sendung eines Krankenwagens kann sich nur auf die Zeit der schweren Schneefälle in Berlin beziehen. Denn es stehen dem Rettungsamt sechs Krankenautomobile zur Verfügung, welche für die schnelle Bedienung der Rettungsstellen vollauf genügen. In den Tagen, als die Straßen durch Schneefälle fast unpassierbar waren, kann es wohl vorgekommen sein, daß es längere Zeit gedauert hat, bis ein Wagen geschickt werden konnte. Es muß auch berücksichtigt werden, daß zurzeit alle Materialien für den Krankentransportbetrieb, insbesondere Gummi und Betriebsstoff, sehr schwer zu beschaffen sind, so daß Stockungen, so bedauerlich sie sind, unvermeidlich werden. Ueber Schwierigkeiten in der Unterbringung Kranker in den Krankenhäusern ist schon häufig geklagt worden. Es ist zu hoffen, daß durch die demnächst ins Leben tretenden Ausgleichstellen für Krankenbetten in dieser Beziehung eine Besserung eintreten wird."

Es ist richtig, daß damals Schneefälle den Verkehr erschwerten. Aber darunter litten doch ebenso die Fuhrwerke des privaten Unternehmers, der den von einer Rettungsstelle des Groß-Berliner Verbandes für das Rettungswesen verzögerten Krankentransport schließlich übernahm und ihn unverzüglich ausführte. Auch vermuten wir, daß der private Unternehmer nicht weniger als das kommunale Institut mit Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Gummi und Betriebsstoff zu kämpfen hat. Wir bedauern, hier nochmals feststellen zu müssen, daß in dem vom uns geschilderten Fall der private Unternehmer leistungsfähiger als das kommunale Transportinstitut war. Durch solche Vorkommnisse wird privaten Unternehmern, denen die kommunal-politische Forderung der Sozialdemokratie, das Krankentransportwesen zu verstaatlichen, den Profit nimmt, nur eine Möglichkeit geschaffen, gelegentliche Mängel des kommunalen Betriebes begierig aufzugreifen und sie zu seiner Diskreditierung auszuschlachten. Der Groß-Berliner Verband für das Rettungswesen kann solcher Agitation, die sich manchmal hinter gut gespielter Sorge um das Wohl der Bevölkerung verbirgt, den Boden abgraben, wenn er mit dem eigenen Krankentransport so Tüchtiges leistet, daß die privaten Unternehmer nicht an ihn heranreichen.

Zu unserer Bemängelung der übertriebenen Eile, mit der dem Personal der Rettungsstellen die bisherigen Hinweise auf private Institute verboten wurden, noch ehe der eigene Betrieb sicher funktionierte, sagt die Zuschrift kein Wort. Vom Standpunkt des sozialdemokratischen Kommunalprogramms aus ist das Verbot, sobald die Leistungsfähigkeit des eigenen Betriebes gesichert ist, gerechtfertigt. Daß für die Uebertretung des Verbotes dem Personal, wie das in den Rettungsstellen geschieht, die sofortige Entlassung angedroht wird, halten wir für durchaus unberechtigt. Etwaige Versuche eines Unternehmers, die Heilgehilfen der Rettungsstellen durch „Schmiergelder" gefügig zu machen, damit sie ihnen den Profit zuschanzen, würden — davon sind wir überzeugt — auch ohne Androhung einer so harten Strafe erfolglos bleiben. Wir haben übrigens Grund zu der Hoffnung, daß in diesem Punkt die noch aus der Zeit vor der Neubesetzung des Berliner Magistrats herrührende Verfügung in Bälde geändert werden wird.

Montrose.

37] Detektivroman von Sven Elvestad.

„Der ist ja tot", antwortete die Gewitterwolke mit einer Logik, die keiner von den andern verstand. Und er fügte hinzu:

„Außerdem ist er ja erst kürzlich aus dem Gefängnis gekommen. Er hat nie ordentlich arbeiten wollen. Vielleicht hält der Tod ihn davon zurück, daß er von neuem dorthin kommt."

„Wissen Sie, ob er Feinde hatte?"

„Ich kenne weder seine Feinde, noch seine Freunde."

„Wer hat nach Ihnen geschickt?"

„Ich nehme an, daß es einer von den Schutzleuten war. Ich aber habe nach dem Arzt telephoniert."

Krag forderte ihn auf, seine Tochter und ihr Kind mit sich nach Hause zu nehmen.

„Lieber wie gern," brummte die Gewitterwolke bitter und wehmütig, „und dort soll sie bleiben. Ich hätte sie nie fortgehen sollen. Alles Unglück stammt von damals, als sie mich verließ, um mit dem Maler davonzugehen."

„Maler?" fragte Krag. „Meinen Sie den Gartenarbeiter Singer?"

„Meinetwegen können Sie ihn auch Gartenarbeiter nennen. Er hat nie feste Arbeit gehabt. Als er zu mir kam, war er Maler. Er ist es, der alle Pfauen in meinem Hotel gemalt hat. Der ist nun auch fort. Den haben sie schon gefaßt, und den da drinnen können sie nicht mehr kriegen. Ich gehe jetzt und nehme meine Tochter mit mir, die sollen sie jedenfalls nicht bekommen, und mich auch nicht, und wenn sie zehntausend Teufel auf uns hetzen, um uns ins Elend zu bringen."

Es war lange her, seit das Gewittergewölk sich so kräftig entladen hatte, und er atmete mühsam nach der Anstrengung.

Krag hielt ihn am Mantelaufschlag zurück.

„Einen Augenblick noch", sagte er. „Hat wirklich Arnold Singer die Pfauen gemalt?"

„Ja."

„Gut gemacht," sagte er, „ein bedeutendes Malertalent, ungewöhnlich und etwas degeneriert, doch bedeutend."

Krag äußerte sich über Blumen und Kunst, als ob er seine Meinung in einer Ausstellung zum besten gäbe. Es klang seltsam an diesem Schreckensort, wo Polizeihelme blitzten, eine erschreckte Volksmenge im Regenwetter vor den flatternden Gardinen wartete, eine blutige Leiche im Zimmer lag und das verzweifelte Weinen einer Frau zu hören war. Krag stand noch immer und bewunderte die Blumen, als Clary mit dem Kind auf dem Arm und von dem Koloß geleitet, die Wohnung verließ. Gerade, als sie die Schwelle überschreiten wollte, erwachte das Kind und legte seine runden Aermchen um den Hals der Mutter, während seine Augen, die von Gesundheit und Schlaf blank waren, von dem blitzenden Messing der Schutzmannshelme eingefangen wurden. In diesem Kinderblick, aus dem Unschuld und Spiel sprach, erreichte der Gegensatz zwischen dem frommen Anfang des Lebens und seiner schweren und gefahrvollen Entwicklung fast das Sublime. Als das Kind fort war, erschien das Elend in diesem zerstörten Heim doppelt sinnlos.

Doch Polizeibeamte bekommen so viel Derartiges zu sehen, daß es sie schließlich nicht mehr berührt. Darum fiel es auch Keller nicht schwer, seine polizeimäßige Darstellung wieder aufzunehmen.

„Der Mord hat in der Viertelstunde stattgefunden, als Clary Singer fort war, um die Milch zu holen. Genau in dieser Viertelstunde hat der Schutzmann 314 das „Gefängnisgesicht" durch das Häuserviertel vor sich hergejagt. Das „Gefängnisgesicht" muß sich in dem Mordaugenblick hier in der Nähe aufgehalten haben. Wahrscheinlich hat er den Mörder gesehen, oder er ist selber der Mörder gewesen."

„Einverstanden", sagte Krag.

„Und da wir den Fingerabdruck haben," fuhr Keller fort, wird es uns ein leichtes sein, festzustellen, inwieweit letztere Annahme richtig ist."

Bevor eine Stunde um war, war man sich über folgendes klar:

Die Fingerabdrücke auf dem Hemd des Ermordeten führten auf einen Mann zurück, der kürzlich aus dem Gefängnis entlassen war, wo er wegen Raubmordversuch gesessen hatte.

Der Name des Mannes war Georges.

Als man im Verbrecheralbum nachschlug, zeigte es sich, daß Georges mit dem „Gefängnisgesicht" identisch war.

Charlie war also von dem Mann ermordet worden, den 314 vor sich hergejagt hatte. Dieses Resultat hatten die beiden Detektive halb und halb erwartet.

Was man indessen nicht erwartet hatte, war die Aufklärung, die man aus dem Verbrecheralbum bekam, wo unter anderm stand:

Georges, geboren 1879, ehemals Steuermann auf dem Segler „Eddystone" . . .

„Ich hätte darauf schwören mögen, daß er Seemann war," sagte Keller, „so wie der Kerl klettern konnte."

„Eddystone", sagte Asbjörn Krag nachdenklich. „Jetzt sind wir wieder bei dem Märchendichter und den bunten spanischen Farben angelangt. Denn von der „Eddystone" ist H. C. Andersen verschwunden, nicht der Verfasser des „Häßlichen grauen Entleins", sondern sein Namensvetter Hans Christian Andersen, Eigentümer des Halstuches aus Bilbao."

XXVI. Die Finger.

Im Gefängnis erfuhren sie ferner, daß Georges nach abgelaufener Strafzeit vor ungefähr einem Monat entlassen worden war. Sein Betragen war während der Gefängniszeit nicht exemplarisch gewesen; ein paarmal hatte er Disziplinarstrafen bekommen, das letztemal wegen eines Meuterversuchs. Der Gefängnisprediger gab ihm das Zeugnis, daß er ein ungewöhnlich verschlossener, trotziger und streitbarer Mensch war. Der Aufenthalt im Gefängnis hatte keinen guten Einfluß auf ihn gehabt, schrieb der Prediger und fügte hinzu: „Vielleicht hat der Verlust der Freiheit auf diesen Mann, der von frühester Jugend an volle Freiheit auf allen Meeren der Welt genossen hatte, einen moralisch niederdrückenden Eindruck gehabt —"

Jetzt galt es, Georges' habhaft zu werden, und die Detektive gaben sich der Hoffnung hin, daß man ihn bald finden würde, denn da das Signalement überall ausgegeben war, konnte ein Mann mit solch ausgeprägtem Aeußeren sich nicht lange verborgen halten.

Ein merklicher Umstand bei dem letzten Mord war, daß die Detektive sich nicht klar darüber werden konnten, ob es sich um einen direkten Mord oder einen Mord aus Notwehr handelte.

Was hatte Georges außerdem damit bezweckt, als er Krag und Dr. Wipe in Abbé Montroses Garten auflauerte?

Gab es irgendeinen Zusammenhang zwischen ihm, der Tragödie Montrose und der Ermordung des armen verrückten Professors?

Was stützte die Annahme, daß er an diesen Affären teilhaftig war?

Einer von Strantz' Mördern gehörte zu der Besatzung des Schiffes „Edystone". Das Gefängnisgesicht war früher Steuermann an Bord dieses Schiffes gewesen.

(Forts. folgt.)

Schon wieder allerdringendste Kohlennot.

Die Kohlenversorgung stockt wieder derartig, daß bereits die Bucher Anstalten, die Irrenanstalt in Herzberge, Krankenhaus Friedrichshain, die Epileptiker-Anstalt Wuhlgarten ganz ohne Kohlen sind. Alle diese Anstalten können wegen Mangel an Kohle die Kranken nicht mehr mit warmem Essen versorgen, die Krankensäle selber können nicht geheizt werden. Alle dringenden Vorstellungen waren bisher erfolglos. Der Reichskohlenkommissar hat die Anstalten durch seine Beamten besichtigen lassen und sich von dem Notstand überzeugt, durchgreifende Abhilfe aber ist nicht erfolgt. Auch die Pumpstationen I und IX sind von Kohlen vollständig entblößt. Wenn jetzt nicht sofort Abhilfe geschaffen wird, müssen die Abwässer in die Spree geleitet werden.

Die Telephonnot.

Man schreibt uns aus Beamtenkreisen:

Bei der Besprechung des diesjährigen Postetats sind von verschiedenen Abgeordneten Beschwerden erhoben über den unregelmäßigen Fernsprechbetrieb, der den Beamtinnen zur Last gelegt wird.

Den Vorwurf der Lässigkeit können die Beamtinnen, die weit über ihre Kräfte arbeiten und oft Uebermenschliches leisten, nicht auf sich sitzen lassen. Die Schuld trifft die einzelnen Aemter. Insbesondere möchte ich mal die Verhältnisse auf Amt „Moritzplatz" schildern. Die Aushelferinnen werden nach und nach entlassen — trotz des verstärkten Weihnachtsverkehrs. Daher sind die Plätze ganz ungenügend besetzt — außerdem mit Teilnehmeranschlüssen überlastet. — Jede Beamtin hat nicht, wie vorgeschrieben, nur hundert Teilnehmer zu bedienen, sondern von diesen hundert Teilnehmern haben mindestens 80 Nebenanschlüsse bis zu fünf Stück. Es kommen daher auf jeden Arbeitsplatz zweihundert und mehr Teilnehmer. — Außerdem ist in betriebsreichen Stunden von drei Plätzen der mittlere Platz oft unbesetzt. — Es ist schon häufig vorgekommen, daß eine Beamtin am Platz vor Ueberarbeitung ohnmächtig zusammengebrochen ist. Vorstellungen bei dem betreffenden Amtsvorsteher sind erfolglos geblieben. Ob diese Menschenschinderei im Sinne des Herrn Reichspostministers ausgeübt wird, möchte ich bezweifeln.

Der Hauptausschuß des Deutschen Städtetages zur Steuerreform.

Den Hauptgegenstand der Beratung des vorgestern zusammengetretenen und aus allen Teilen Deutschlands, auch aus Süddeutschland stark beschickten Hauptausschusses des Deutschen Städtetages bildete die Stellung zu den neuen Steuergesetzen. In der Sorge, daß durch sie die Existenz der Gemeindeverwaltung auf das schwerste erschüttert werden muß, trafen alle Redner zusammen. Auch von den Städteverbänden in Baden und Bayern waren bereits lebhafte Proteste eingegangen.

Als Ergebnis der eingehenden lebhaften Aussprache wurde folgende Entschließung angenommen:

Der Städtetag erhebt schärfsten Einspruch gegen die geplante Ordnung der Einkommensteuer und der Verteilung der Steuereinkünfte auf Reich, Länder und Gemeinden.

Die jetzigen Vorlagen der Reichsregierung sorgen einseitig für das Reich und übersehen, daß das Reich ohne die kräftige Mitarbeit der Gemeinden nicht bestehen kann. Ihre Annahme würde die Vernichtung der Selbstverwaltung der Gemeinden und damit des lebenswichtigsten Teils des nationalen Organismus mit Sicherheit nach sich ziehen.

Diesen Vorlagen gegenüber muß der Deutsche Städtetag vor allem geltend machen:

1. Das Reich darf die Einkommensteuer für eigene Zwecke nur soweit in Anspruch nehmen, daß es den Gemeinden möglich bleibt, ihre Finanzgebarung auch in Zukunft auf die Einkommensteuer als die wichtigste und beweglichste Steuerart entsprechend den Verschiedenheiten des örtlichen und zeitlichen Bedarfs zu stützen. Unter allen Umständen muß den Gemeinden das Zuschlagsrecht erhalten werden.

2. Gleichzeitig muß verlangt werden, daß die begründeten Forderungen der Gemeinden auf Deckung aller ihrer außerordentlichen Aufwendungen aus der Kriegs- und Uebergangszeit durch alsbaldige Zahlung aus der Reichskasse erfüllt werden.

22 neue Anschlußlinien in Groß-Berlin.

Nachdem der Verband Groß-Berlin durch die Uebernahme der Großen Berliner Straßenbahn und der Berliner Ostbahnen die Vereinheitlichung des Groß-Berliner Straßenbahnverkehrs vorbereitet hat, schlägt Prof. Dr. ing. Giese, der stellvertretende Verbandsdirektor, in der von ihm geleiteten Zeitschrift „Verkehrstechnik" eine Reihe von neuen Anschlußbetriebslinien zur Verbindung der verschiedenen Straßenbahnunternehmungen unter einander vor. Insgesamt bringt er 22 derartige Anschlußlinien in Vorschlag. Durch diese werden ähnlich wie durch die Linien P und R und 5 neue wichtige Verkehrsverbindungen geschaffen oder alte wesentlich verbessert. So erhalten die Orte Heiligensee und Tegelort und das diesen Orten benachbarte wichtige Industriegelände durch die Anschlußbetriebslinien nach der Behrenstraße unmittelbare Verbindung mit dem Norden und der Friedrichstadt Berlins, während durch die weiter vorgeschlagenen Linien Görlitzer Bahnhof, Kupfergraben und Schlesisches Tor—Spandau diese Stadt und die dazwischen liegenden Ortschaften erneut und auf anderen wichtigen Wegen als durch die Linien P und R an die Innenstadt Berlins angeschlossen werden. Durch die Linie Beusselstraße—Buchholz erhält der Norden Groß-Berlins (Pankow und Buchholz) eine Straßenbahnverbindung, die diese Ortschaften mit dem Bahnhof Beusselstraße und der dort am neuen Westhafen gelegenen Großmarkthalle verbindet.

Weitere Anschlußlinien zwischen der Großen Berliner und den Teltower Kreisbahnen schaffen endlich einmal für den Südwesten Groß-Berlins, Dahlem, Lichterfelde, Teltow und Klein-Machnow die längst notwendigen unmittelbaren Straßenbahnverbindungen mit Charlottenburg, dem Zoologischen Garten, dem Potsdamer Platz und der Friedrichstraße. Der Osten und Südosten Groß-Berlins, Stralau-Rummelsburg, Friedrichsfelde, Karlshorst, Nieder- und Oberschöneweide, Johannisthal, Rudow, Adlershof und Cöpenick erhalten durch 5 Anschlußbetriebslinien der Großen Berliner Straßenbahn mit den Berliner Ostbahnen unmittelbare Verbindung mit der Innenstadt von Berlin. Durch Anschlußbetrieb zwischen der „Großen Berliner" und den Berliner städtischen Straßenbahnen können drei neue Ringlinien geschaffen werden. Endlich stellen noch die von Professor Giese vorgeschlagenen Anschlußlinien Warschauer Brücke—Herzberge, Alt-Glienicke—Mahlsdorf-Süd und Bahnhof Baumschulenweg—Wendenschloß, die aus den Linien der Cöpenicker städtischen Straßenbahn, der Berliner Ostbahnen und der Linie Adlershof—Alt-Glienicke der Teltower Kreisbahnen gebildet worden, wichtige Verkehrsverbindungen in den östlichen Außengebieten von Groß-Berlin dar.

Die Wiener Hilfswoche. Die Gaben für die Wiener Hilfswoche haben sich auf den einzelnen Sammelstellen bereits so gehäuft, daß bereits mit der Abführung nach der Hauptsammelstelle begonnen werden konnte, die der Magistrat heute eingerichtet hat. Selbstverständlich ist für unbedingte Sicherheit und Bewachung der gestifteten Pakete sowohl an den Sondersammelstellen, wie an der Hauptsammelstelle gesorgt. Auch kann jeder Spender beruhigt sein darüber, daß die Gaben nach Wien unversehrt an die richtige amtliche Stelle und in die Hände der Bedürftigen gelangen. Gerade diese Frage ist besonders eingehend geprüft und wird von den zuständigen Stellen mit der Sorgfalt behandelt werden, die das Hilfswerk der Groß-Berliner Einwohner fordern darf.

Mit dem heutigen Tage hat auch die Berliner Lehrerschaft ihr Hilfswerk aufgenommen. Mit der Schuljugend zusammen wird sie sich an der Sammlung beteiligen und die Spenden den Sammelstellen an den Lyzeen zuführen. Die Sammlung umfaßt nunmehr alle Schulanstalten der Stadt Berlin, insbesondere auch die Gemeindeschulen und außerdem die Privatlyzeen. Alle Banken, Bankgeschäfte und Depositenkassen nehmen nunmehr auch täglich bis auf weiteres Geldspenden für die Wiener Hilfswoche an.

Liebesgabenpakete an deutsche Gefangene in Sibirien, die über Kopenhagen gehen sollen, müssen mit dem Vermerk „Nordhors Kopenhagen" versehen werden.

Geschäftsverlegung. Die städtische Abteilung für Volksspeisung und die städtische Flüchtlingsfürsorge haben ihre Diensträume vertauscht. Das Bureau der Abteilung für Volksspeisung befindet sich jetzt Poststr. 28, I, das Bureau der Flüchtlingsfürsorge jetzt Burgstr. 8, III und IV. Bis zur Neuregelung der Fernsprechanschlüsse sind zu erreichen: Die Abteilung für Volksspeisung unter Zentrum 869, 1245, 4472; die Flüchtlingsfürsorge der Stadt Berlin unter Magistrat 591, 703, 709, 765, Zentrum 2358, 11671.

Achtung, Arbeiter Schwartzkopf-Werke, Scheringstraße. In meiner Strafanzeige gegen Willy Matz suche ich Zeugen, die über die Vorgänge in der Betriebsversammlung vom 24. Juli in der Kolberger Straße aussagen können. Sämtliche Unkosten werden sofort entschädigt.
Georg Schmitt, „Vorwärts"-Spedit., N. 65, Utrechter Straße.

Charlottenburg. Stadtverordnetenversammlung. Nach Einführung einiger neuer Stadtverordneter wurde zunächst die Erhöhung der Besoldung und Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe für die Bureauhilfskräfte behandelt. Der am 7. November gestellte Antrag wurde vom Magistrat sowohl wie von den Bureauhilfskräften einstimmig angenommen.

Danach erhalten die Bureauhilfskräfte über 18 Jahre eine Erhöhung ihrer laufenden Bezüge um 100 M. monatlich; die Jugendlichen eine solche von 25 M. monatlich, mit Wirkung vom 1. September ab. Die dadurch entstehende finanzielle Mehrbelastung der Gemeinde beträgt zusammen 2 Millionen Mark. Demnächst wird eine besondere Vorlage kommen, welche die Nachbewilligung der Mittel fordert. Die Grunderwerbssteuer wurde auf 1 Proz. des gemeinen Grundwertes erhöht.

Für die Maschinenanlagen des Waldhauses Charlottenburg wurden 4000 M. aus laufenden Mitteln bewilligt. Beschlossen wurde ferner, für die städtischen Schulen Heizer anzustellen, die nicht nur halbtägig beschäftigt, sondern nach Möglichkeit voll beschäftigt werden sollen. Die Reinemachefrauen werden in Zukunft nicht mehr durch die Schuldiener, sondern durch den Magistrat eingestellt. Außerdem wurde beschlossen, ihnen die tarifmäßigen Lohnsätze von 1,70 M. pro Stunde rückwirkend vom 1. Oktober zu zahlen. Die Uebernahme des Säuglingsheims Charlottenburg-Westend auf die Stadt gelangte einstimmig zur Annahme, erforderlich werden dadurch für die Zeit vom 1. Dezember 1919 bis 1. März 1920 240 000 M., die aus laufenden Mitteln bewilligt wurden.

Daran anschließend kam ein Antrag zur Verhandlung, welcher den Magistrat ersucht, eine Vorlage zu machen, wonach dem gegen Geschmack und Sittlichkeit verstoßenden Kinoschund durch Darbietungen mustergültiger Vorführungen entgegengewirkt werden soll. Die umfangreiche Vorlage zur Neugestaltung der Besoldungsordnung für die städtischen Beamten und Angestellten wurde von allen Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung gebilligt und einem 15gliedrigen Ausschuß überwiesen. Die erforderlichen Mehrkosten dieser Besoldungsordnung belasten die Stadt für 1919 mit 4 520 000 M. und für 1920 mit 9 400 000 M. Dazu kommen später noch die Kosten für die Lehrkräfte und die Neuregelung der Besoldung der außerhalb dieses Planes stehenden Personen. Ein weiterer Antrag unserer Fraktion ersucht den Magistrat, in gemischter Deputation zu beraten, wie Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen in diesem Winter in ausreichender Weise Unterstützung zuteil werden kann. Dem Antrag wurde von allen Seiten des Hauses zugestimmt und an die zuständige Deputation die Bitte gerichtet, recht schnell und zweckmäßig zu arbeiten. Zum Schlusse werden noch einige Anfragen behandelt. Die bürgerliche Fraktion fordert von dem Magistrat, durch eines seiner sachverständigen Mitglieder die Bevölkerung über die Einheitsschule aufzuklären und die jetzt herrschenden Unklarheiten zu beseitigen. Der Oberbürgermeister lehnte eine Stellungnahme dazu ab und überläßt es den einzelnen Parteien, die nötige Aufklärung zu verbreiten.

Wilmersdorf-Schmargendorf. Die Schülerinnen- und Schüler-Abteilungen der „Freien Turnerschaft" veranstalten Sonntag nachmittags 3 Uhr, in der Turnhalle der Oberrealschule am Hindenburgpark ein Schauturnen, dem sich ein künstlerischer Eltern-Abend zum Besten der Bescherung der Kriegerwaisen des Vereins anschließt. Eintrittskarten für Erwachsene 1 M., für Kinder 50 Pf., im Parteibureau, Gasteiner Str. 12.

— **Volkszählungsergebnis.** Die Zählung vom 8. Oktober hat für Berlin-Wilmersdorf 139 468 ortsanwesende und 5980 vorübergehend abwesende Personen ermittelt.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Nach Mitteilung des Magistrats werden bei der nächsten Ausgabe von Versorgungskarten durch die Brotkommissionen auch Bezugskarten auf städtische Gänse verteilt. Jeder Berliner Haushalt erhält eine solche Karte. Sie berechtigt zum Bezuge einer städtischen Gans, soweit der Vorrat reicht, ohne daß der Magistrat eine Lieferungspflicht übernimmt.

Die Zeit des Verkaufs der Gänse, die Verkaufsstellen sowie die Verkaufspreise werden noch bekanntgegeben.

Die „C I" Kinderkarten werden für den 5. bis 8. d. Mts. statt mit Frischmilch mit einer Büchse Kondensmilch beliefert. Auf die „C II" Kinderkarten wird ½ Liter Frischmilch ausgegeben.

Pankow. 125 Gramm Hülsenfrüchte (100).

Soziales.

Arbeitslohn und Militärversorgung.

Der Sozialpolitische Ausschuß der Nationalversammlung hat den grundlegenden Paragraphen 1 dieses Gesetzentwurfs wie folgt angenommen:

„Bei der Bemessung des Arbeitsentgelts von Beschäftigten, die militärische Versorgungsbezüge (Renten, Pensionen, Verstümmelungs-, Kriegs- oder andere Zulagen, Witwen- oder Waisengeld, Kriegselterngeld usw.) empfangen, darf dieser Bezug nicht zum Nachteil des Beschäftigten berücksichtigt werden; insbesondere ist es unzulässig, die Versorgungsbezüge ganz oder teilweise auf das Entgelt anzurechnen."

Nach Paragraph 2 können bei Verstößen gegen die Vorschriften des § 1 Vermittlungs- und Schiedsinstanzen angerufen werden, insbesondere die Schlichtungsausschüsse, als nichtständiger Vertreter der Arbeiter ist in solchen Fällen ein Kriegsbeschädigter zu berufen. § 4 spricht aus, daß die Vorschriften über das Ruhen militärischer Versorgungsbezüge neben den Dienstbezügen während einer Anstellung oder Beschäftigung im Zivildienst durch dieses Gesetz nicht berührt werden. — Die Beratung des Gesetzentwurfs über Aenderung der Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien wurde vertagt bis zur Beschaffung weiterer Unterlagen. Fortsetzung der Beratung über das Betriebsrätegesetz am Dienstag.

Noch ein kleiner Beitrag zum Anwaltszwang.

Dem Arbeiter Otto L. ist durch Beschluß der 12. Zivilkammer des Landgerichts II Berlin der Antrag auf Bewilligung des Armenrechts mit der Begründung abgelehnt worden, weil „er bei einem Bareinkommen von 102 M. wöchentlich in der Lage ist, die Prozeßkosten zu bestreiten".

Dabei hat L. eine Familie mit Frau und zwei Kindern zu ernähren. Wie es ihm dabei möglich sein soll, die Kosten eines Prozesses beim Landgericht zu bestreiten, wird wohl Geheimnis der Richter bleiben, die den Antrag ablehnten.

Inzwischen ist gegen L. in dem gegen ihn bei dem Landgericht schwebenden Prozeß Versäumnisurteil ergangen, weil er außerstande war, zu dem Termin sich einen Rechtsanwalt zu besorgen, und sieht nun mit Bangen den weiteren Schritten des Gegners entgegen, da es noch immer fraglich ist, ob die Beschwerde gegen den Beschluß der Zivilkammer von Erfolg sein wird.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Vereinigung der sozialdemokratischen Gemeindebeamten und Angestellten Groß-Berlins (Verbandsschutz S. P. D.). Sonnabend 6 Uhr: Mitgliederversammlung im Berliner Rathause, 3 Tr., Zimmer 109. Tagesordnung: Wahl des 2. Vorsitzenden und der Delegierten zum Reichsbeamtenbeirat und Zentral-Verbandsschutz, ferner Organisation und Agitation.

18. Abt. 316., 320., 324. und 325. Bezirk. Abends 8 Uhr im Lokal von Heese, Memeler Str. 68: Zusammenkunft.

22. Abt. Sonnabend 7 Uhr Sitzung der Parteifunktionäre und Betriebsvertrauensleute bei Gott, Bardeleben- Ecke Knipprodestraße.

40. Abt. Sonnabend 7 Uhr Sitzung der Parteifunktionäre und Betriebsvertrauensleute bei Schmidt, Wiclefstr. 17.

41. Abt. Bezirksführer und Betriebsvertrauensmänner! Zusammenkunft bei Kitsche, Wilhelmshavener Str., Ecke Birkenstr., am Sonnabend 7 Uhr.

Lankwitz. Frauenversammlung heute abend 7½ Uhr in der Aula des Gymnasiums (am Bahnhof). Ref. Genossin Todenhagen: „Die Frauen und die Verfassung."

Bergmann-Werke, Berlin. Heute nachm. 4 Uhr in den Pharus-Sälen, Müllerstraße, Versammlung aller männlichen und weiblichen Angestellten und Arbeiter, die auf dem Boden der S. P. D. stehen.

Knorr-Bremse. Heute nachm. 2½ Uhr im Café Bellevue Versammlung aller männlichen und weiblichen Angestellten und Arbeiter, die auf dem Boden der S. P. D. stehen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Ortsvereinigung Groß-Berlin für Angestellten-Heimstätten, Oberwasserstr. 12, I. Sonntag, ½10 Uhr, im Zirkus Busch: Kundgebung gegen die Wohnungsnot der Privatangestellten. Referent: Otto Thiel. Karten bei allen Angestellten-Verbänden und bei der Vereinigung. — Die Konsumgenossenschaft Biesdorf veranstaltet am Sonnabend, 7½ Uhr, eine öffentliche Versammlung in der Turnhalle. — **Reichsbund der Kriegsbeschädigten.** Sektion Oesterreich-Ungarn. Sonntag, den 14. d. Mts., 4 Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant Elisabethstr. 30. Bedürftige Mitglieder wollen sich wegen Unterstützung zum Weihnachtsfest schriftlich unter Angabe der Mitgliedsnummer bis spätestens den 10. d. Mts. an Kamerad J. Tannenbaum, Bayer Str. 21, wenden. — **Für Wien und Deutschösterreich** veranstaltet am Sonntag, vormittags 11½ Uhr, der Volksbund für Freiheit und Vaterland im Oberlichtsaal der Philharmonie, Bernburger Str. 22/23, eine öffentliche Versammlung. In ihr werden sprechen: Prof. Dr. L. Hartmann, Dr. Landsberg, Redakteur Kutschke und Dr. Maximilian Pfeiffer. — **Der Reichsbund entschiedener Schulreformer** veranstaltet Sonnabend, 7 Uhr, eine öffentliche Schulreformversammlung in der Aula des Gymnasiums zum Grauen Kloster, Klosterstr. 74. Es werden sprechen: Studienrat Friedrich Rommel, Abgeordnete Dr. Hildegard Wegscheider, Frau Adele Schreiber.

Sportnachrichten.

Arbeiter-Turnerbund (Altersturner Groß-Berlins). Sonnabend 7½ Uhr Zusammenturnen in Mariendorf, Kurfürstenstr. 54 (Schulturnhalle). Nach dem Turnen Sitzung. — **Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität"** (Ortsgruppe Berlin, 2. Abt.). Sonntag Streifzüge durch den Grunewald, Endziel Restaurant Mix, Zehlendorf. Start 1 Uhr Fontanepromenade 18. Sitzung jeden 1. und 3. Mittwoch im Startlokal. — **Freier Wanderbund.** Sonntag 1. Potsdam—Golm—Wildpark—Potsdam, Abfahrt Bahnh. Friedrichstraße 6,30 früh. 2. Birkenwerder—Grabowsee—Oranienburg, Abfahrt Stettiner Vorortbahnhof 6,50 früh.

Aus aller Welt.

Der siebenjährige Schwerverbrecher. Vor dem französischen Militärgericht erschien am Sonnabend, den 15. November, der siebenjährige Schüler Schick aus Flörsheim bei Frankfurt a. M. Zerknirscht, gesenkten Hauptes und an allen Gliedern zitternd, neigte sich der Dreikäsehoch vor den französischen Richtern. Hatte er doch offen gegen die französische Besatzung demonstriert und gegen französische Verordnungen rebelliert. Tatbestand: der Bruder des Knirpses hatte sein Kommen aus englischer Gefangenschaft angemeldet. In freudiger Erregung hierüber zogen einige Schulkameraden des Gefangenen mit dem kleinen Bruder zum Empfang an den Flörsheimer Bahnhof. Dabei trug der Kleine ein Schild mit der Aufschrift: „Herzliches Willkommen unsern Kriegsgefangenen". Wegen dieser Demonstration gegen die französische Besatzung und Verletzung französischer Verordnungen (öffentlicher Empfang von Kriegsgefangenen verboten) erhielt der kleine „Boche" zehn Mark Geldstrafe.

Wegen zweifachen Giftmordes an seiner Schwiegermutter und Ehefrau stand der Landwirt Johannes Tegen vor den Geschworenen in Verden. Er wurde zweimal zum Tode verurteilt.

Schiffbruch. Der Altonaer Fischdampfer „Merkur" ist in der Nordsee auf eine Mine gelaufen und gesunken. Die Besatzung trieb 36 Stunden in Booten, ehe sie von dem Dampfer „Regulus" aufgenommen wurde.

Im Budapester Terroristenprozeß wurde über die Ermordung des Gendarmerie-Feldmarschalleutnants Ferry und der Gendarmerie-Oberleutnants Borhy und Menkina verhandelt, die mit Messern getötet und deren Leichen in die Donau geworfen wurden.

Seemannsbrauch von heute. Aus Montreal wird gemeldet: Das erste deutsche Schiff mit deutscher Bemannung, das nach dem Kriege Kanada anläuft, die Bark „Paul", ist infolge von Havarie in dem Hafen von Halifax eingetroffen. Der Kapitän Krüger erklärte, er habe Notsignale gegeben, die indessen von mehreren Schiffen nicht beachtet wurden. Das nach Philadelphia bestimmte Schiff war von Hamburg 44 Tage unterwegs.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof vorderes links, vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

Sprechzeiten der juristischen Sprechstunde: Montag, Mittwoch und Freitag 2—5 Uhr; Dienstag und Donnerstag 3—6 Uhr; Sonnabend 3—5 Uhr.

Wegezin. Sie müssen in der Gemeindevertretung darauf dringen, daß dieses Unternehmen übernommen wird. — **B. R. 40.** Nein. — **P. P. B.** Unseres Dafürhaltens ist Ihr Vater als Rentner nicht zu betrachten. — **Freund 75.** 1. Bund für Mutterschutz, Uhlandstr. 143. 2. An die Betriebskrankenkasse, welcher Ihr Mann angehört. Ihnen stehen die im „Vorwärts" vom 19. Oktober 1. Beilage unter der Spitzmarke „Wochenhilfe und Wochenfürsorge" unter II. genannten Ansprüche zu. — **L. L. 86.** 1. Stillgeld 75 Pfennig pro Tag. 2. Ist von dem Wortlaut der Kassensatzungen abhängig. — **W. 100.** 1. Sie sind noch für das erste Steuervierteljahr zur Zahlung der Kirchensteuern verpflichtet. Erstreckt sich die Veranlagung auf das ganze Steuerjahr, so müssen Sie innerhalb 28 Tagen Einspruch einlegen unter Berufung auf die Verordnung der Preußischen Regierung vom 18. Dezember 1918. — **M. R. 10.** Nein. — **G. G. 25.** 1. Sie können Steuerermäßigung erlangen, sofern ⅓ des der Veranlagung zugrunde gelegten Einkommens verlustig gegangen ist. 2. Fordern Sie vom Vermieter Abhilfe. — **W. 80.** 1. Ja. 2. Nein. — **P. P.** Dagegen hilft nur der Austritt aus der Landeskirche. Die Kirchengemeinden haben für die Angehörigen der Landeskirche das selbständige Besteuerungsrecht. — **M. K. 97.** Falls der Verdacht dritten Personen gegenüber ausgesprochen ist, können Sie Klage wegen Beleidigung erheben, müssen jedoch vorher die Sache beim Schiedsmann Ihres Bezirks anhängig machen. — **Grus 1891.** Beantragen Sie Ermäßigung, sofern durch Verkürzung der Arbeitszeit bezw. Aussperrung ein Fünftel des veranlagten Jahresarbeitsverdienstes verlustig gegangen ist. (§ 63 Einkommensteuergesetz.) —

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Mild, zeitweise aufklärend, jedoch überwiegend bewölkt, mit öfter wiederholten, im Küstengebiet noch vielfach starken, im Binnenlande geringen Regenfällen.

Opernhaus.
Zum 1. Male:
Susannens Geheimnis.
Klein Idas Blumen.
Silhouetten.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus.
Egmont.
Anfang 6½ Uhr.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7½: Jaakobs Traum.
Sonnab. 7 Uhr, zum 1. Male: Und Pippa tanzt.

Kammerspiele.
7½ Uhr: Die Büchse der Pandora
Sbd. 7½: Gespenstersonate.

Gr. Schauspielhaus
Karlstraße.
7½: Orestie (6. Abt., 1. Abd.)
Sbd. 7½: Orestie (aus. Ab.)

Theater i. d. Königgrätzer Straße
7 Uhr: Ein Traumspiel
Sonnb.: Schloß Wetterstein
Sonntag Nachm.: Erdgeist. (Lulu: Maria Orska.)
Abends: Schloß Wetterstein
Mont.: Schloß Wetterstein

Komödienhaus
½8: Liselott v. d. Pfalz
Sonnabend: Sie.
Sonntag Nachm.: Erdgeist.
Abends: Sie.
Montag: Sie.

Berliner Theater
7.15 U: Bummel-Studenten
Stg. N.: Sterne, d. wied. leuchten

Central-Theater
7½ Uhr: Die Faschingsfee.

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Mignon.

Die Tribüne
(am Untergrundbahnh. Knie)
7½ Uhr: „Die Wandlung."

Eden-Theater
7½ U.: „U. A. w. g."
Sonnt. 3: Prinzessin vom Nil.

Friedr.-Wilhelmst. Th.
7½ Uhr: Gretchen.

Kleines Theater.
7½ U.: Die unberührte Frau

Kl. Schauspielhaus.
7½ U.: Albine und Aujust oder: Freut Euch d. Lebens

Komische Oper
7½ U.: Liebeszauber.
Stg. 3¼: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus
Arnold Rieck in:
7½ Uhr: Der Großstadt-Kavalier

Metropol-Theater.
7 Uhr: Sybill
Sonntag 3 U.: Charleys Tante mit Thielscher

Neues Operettenhaus.
7½ U.: Die Dame vom Zirkus.

Schiller-Theat. Charl.
7½ Uhr: Der Meineidbauer.

Thalia-Theater
7½ U.: Die närrische Liebe.

Th. am Nollendorfplatz
3¼: Zar und Zimmermann.
7½ Uhr, zum 30. Male:
Der Vielgeliebte

Theater des Westens
7½ U.: Die Frau im Hermelin
Sonnab. 4: Max und Moritz.
Sonnt. 3¼: Die lustige Witwe.

Theater d. Friedrichstadt
7½ U.: Vier Einakter.

Wallner-Theater
7.15 Uhr: Eine Ballnacht.
Stg. 3¼: Geisha m. Mia Werber

Residenz - Theater.
Täglich ½8 Uhr:
Evchen Humbrecht.
Sonnab. 4: Hänsel und Gretel.
Sonntag 4 Uhr: Der gute Ruf.
Mittwoch 4 U.: Rotkäppchen.

Trianon-Theater.
Täglich ½8 Uhr:
Maskerade.
Von Ludwig Fulda.
Sonnab. 4: Max und Moritz.
Sonnt. 4: Der Lebensschüler.
Mittwoch 4: Schneewittchen.

Rose-Theater.
7½ Uhr:
Die im Schatten leben.

Casino - Theater
Lothringerstr. 37. Tägl. ½8 U.:
Schniepels Lene
Berliner Volksstück i. 3 Akt.
Vorher erstkl. Spezialitäten.
Viktor Litzek i. d. Op. Sketch „Erwischt."
Stg. 3½: Ein sauberes Kleeblatt

Metropol Kabarett
Behrenstr. 53-54

Senta Söneland in ihrem Sketch „Pst-Pst"
mit Fritz Berger
Musik - Siegl. Ehrlich
Ausserdem hervorragend. Gesamt-Progr. Beg. 7 Uhr

Volksbühne Theater a. Bülowpl.
7½ Uhr: Predigt in Litauen.

Lessing-Theater
Direktion: Victor Barnowsky.
7: Peer Gynt.
(Grüning, Lossen, Servaes, Lind, Loos.)
Sonnabend und Sonntag 7½: Pygmalion.
(Durieux, Grüning, Hartmann, Heinich, Klöpfer, Saltner, Schnell, Glen.)

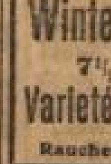
Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7½: Cyprienne.
(Leop. Konstantin, Kurt Götz.)

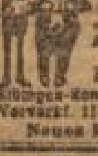
Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
Am goldenen Horn.

Apollo Theater
Dir.: James Klein
Friedrichstraße 218
7½ Sonnt. 3½ u. 7½
Dezember 1919
Unübertreffliches
Varieté-Programm!
Abott & Partner
Humorist. Akt
Hanni Garden
Trapezkünstlerin
Lo Kittay
der weltberühmte Gedankenüberträger, macht jed. Menschen willenlos. Zum 1. Male a. ein. Varietébühne
2 Bennos
Exzentriker
4 Rougbys
Fliegende Akrobaten
Gadbin's Todessprung aus der V. Etage
Bernhard Trio
Gymnastiker
Klara Berat
Illusionstänze
3 Salvano
Komische Radfahrer

Passage-Theater
Unter d. Linden 22/23
Dir. M. Soliman.
2 Uraufführungen 2
Freie Liebe
Der größte spannendste psychologische Filmroman in sechs Akten.
Hauptrolle:
Lucie Höflich.
Spielleitung: Max Mack.
Ottchen macht alles
Origin. Lustspiel in 2 Akt.
Hauptrolle:
Ottchen Nicke
Lissy Arna
Billettverkauf 6 Uhr.
Letzt. Vorstg. ½9—½11 U.
Musikbegleitg. d. bekannt. Musikmeisters Jacobs.

Winter-Garten
7½ Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Theater am Kottbuser Tor.
Tel.: Moritzplatz 14814.
Jed. Abend 7½ Uhr:
Eilte-Sänger

9 ehem. Mitgl. der Stettiner Sänger.
Sonnt. nachm. 3 Uhr ermäß. Preise voll. Abend-Programm, 1 Kind frei!
Rauchen gestattet.
Sängerkonzert. Beg. 7½ Uhr.
Vorverk. 11—1½ u. 4—6 Uhr.
Neues Programm!

Reichshall.-Theater

7½ Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr:
Stettin. Sänger
nachm. ermäß. Pr.
Reichshallen-C., Dönhoff-Brettl.

Admirals-Palast.
Allabendlich 8 Uhr:
Die lustige Puppe

Circus Busch
Heute Freitag, 5. Dezbr., abends 7½ Uhr:
Keine Circus-Vorstg.
sondern nur
Boxkämpfe

B T L
Potsdamer Str. 38
„Lilli"
Nach dem bek. Roman von Jolanthe Marès.
Turmstr. 12
Die Pflicht zu leben
mit
Reinh. Schünzel
Hanne Brinkmann
Friedenau, Rheinstr. 14.
Alexanderplatz-Passage
Bruno Kastner
in: Artistentreue.

Residenz-Kasino und Blumen-Diele
Blumenstraße 10
Täglich:
Ball- u. Tanz-Vorführungen
Anfang 7 Uhr.

Beethovensaal.
Sonntag, 7. Dezbr., 7 Uhr:
Marcell
SALZER
Das neue diesjähr. Progr.
Karten 6—2 M. Bote & Bock, Wertheim. 267

Kauft Kämme,
echt Horn-Staubkamm, doppelreihig, schleifert Stück 3.— u. 3.50 M. verkauft Heilfeuer, Schöneberg, Rubensstr. 47, Gh.

Palast N. P. Lichtspiele
Neue Philharmonie
Cöpenicker Str. 96/97
Untergrundbhf. Inselbrücke.
5. bis 11. Dezember
Berlins größtes Kino-Programm!
4 Schlager in einer Vorstellg.
Uraufführung
1. Die Blauschützen.
Schwank in 3 Akten von Paul Hartenstein.
2. Unschuldig z. Tode verurteilt (Das Geständnis).
Detektivdrama in 4 Akten.
Uraufführung
3. Das Cholerakaninchen.
Lustspiel in 3 Akten von Ludwig Czerny.
4. Persönliches Auftreten Ludwig Czernys.
Anfang 7 Uhr, Sonnt. 4 Uhr.
Frühes Kommen sichert gute Plätze.
Das Theater ist gut geheizt.

Sport-Palast
Potsdamerstr. 72 • Hochbahn Bülowstr.
Das größte Kino der Welt
Dem Teufel verschrieben
Egede Nissen
Der Liebe Leid und Sieg
Karl Beckersachs und Grete Weixler

Galerie Eduard Schulte
Unter den Linden 75/76
Trübner-Ausstellung
Schluß Donnerstag, den 11. Dezember.

Bevorzugte
Gesellschaftliche Treffpunkte sind die
Tonndorf-Betriebe
Inh. Hans Tonndorf
Linden-Restaurant
Unter den Linden 44 und Friedrichstraße 87
Vornehmes Wein- und Bier-Restaurant
Gepflegte echte Biere
Spezialität: Pilsner Urquell
Gesellschaftszimmer
Mittags- u. Abendmusik
Kapelle Michalek
Tonndorf
Unter den Linden 38
Kaffee • Diele • Bar
Abends Wein-Restaurant!
Nachm.- u. Abend-Konzerte
Kapellen Lichtmann, Wagner
Eigene Wiener Bäckerei
Kaffee-Bohnenrösterei nach Karlsbader Art.
Mäßige gerühmte Verpflegung.

Telephon: Kurfürst 9033
Stand - Uhren
Gegr. 1863

eigene Fabrikation, nur erstklass. Garantie-Werke, in jeder gewünschten Ausführung offerieren billigst
Gebr. Bölte, Glashütter Uhrmacher,
Berlin, Kochstraße 11.
Telephon: Kurfürst 9033

Alte Gebisse Kaufe **Alte Gebisse**
Zahn 5 M. und höher, in Platin u. Gold bis 1000 M.
Platin Gramm 100 M. u. höher. Mal-Brennstifte, Kontakte, Krampons, Drähte, Tiegel.
Gold alter Schmuck usw. Höchste Preise
Emil Teichler, Belleall. (ancepl.) ...

Zigaretten
aus reinem orientalischen Tabak 1000 Stück v. 190 M. an.
M. Guttmann, Berlin O 27, Alexanderstr. 22,
9—5 Uhr. Aufgang 7

Spottbillige Sport-Pelze
435.— 465.— 480.— 500.— M.

Jackett-Anzüge	Hosen	Jackette u. West.
tadelloser Sitz, blau und farbig	vornehme Streifenmust.	marengo, weiche Stoffe
350.- 390.- 475.- 590.- M.	42.- 78.- 90.- 125.- M.	300.— 325.— M.
Ulster neueste Formen	**Jünglings-Ulster**	**Jüngl.-Jackett-Anzüge**
325.— 400.— 425.— M.	170.— 240.— 370.— M.	190.— 240.— 305.— M.

Wasserdichte Westen warm gefüttert, mit Aermeln . . 47.50 M.
Lederwesten schwarz, warm gefüttert, mit Aermeln . . 85.— M.

Keine Filialen mehr **BaerSohn** Nur eine Verkaufsstelle
Nur **Chausseestrasse 29-30** Nur

Aus unserer Sammlung
ROMANE DER VÖLKER
Petersburg
von Andrej Bjaly
Deutsch von Nadja Strasser
Geheftet M. 9.—, gebunden M. 12.—
(mit 10 % Buchhändler-Aufschlag)
Das große Buch der russischen Revolution
Georg Müller Verlag
München, Elisabethstr. 26
Verlangen Sie kostenfrei unsere Kataloge

Der Schuhhof
BERLIN W9
Linkstraße 8
Hofgebäude
Schuhwaren-
Groß- u. Kleinhandlung
Wir verkaufen wieder nach unserem alten bewährten System, nach ... Schuhwaren ...

Gute Antiquitäten
An- und Verkauf
ALTKUNST
G. m. b. H.
Wilhelmstr. 40 A.

Juwelen Perlen
An- und Verkauf
Margraf & Co.
G. m. b. H.
Kanonierstraße 9
Tauentzienstr. 18 A.

Herren-Garderobe
Anzüge, Paletots, Ulster
größte Auswahl, besonders preiswert
Teilzahlung gestattet!
Beiser, Lothringer Str. 67.

Nur allein
Kunstspiel-Pianos und Flügel
Virtuola
ermöglichen gleichzeitige Wiedergabe der Stücke nach Auffassung d. Künstlers u. Selbstnüancierung.
Römhildt A.-G., Leipziger Straße 119—120, 1. Stock.

Landgerichtsrat a. D. Dr. jur. Wilhelm v. Kirchbach pers. z. sprechen Potsdamer Str. 118 (Lützowstr.) Langjähr. Erfahr. Zuverläss. Rechtsbeistand in Ehe-, Alimenten- u. Vertrauenssach., Gesuche, Verträge, Ermittelungen. — Beobachtungen. Tel. Lützow 2494.

Kronen, Brücken, Plomben
Zähne in 1 Tag

(ca. 100 Ausführungen.)
Evtl. Zahlungserleichterung auch für Kassenmitglieder.
Dir. Koppe's Zahnersatz-Institut
1. Magdeburger Straße 26, Ecke Lützowstraße, Kurf. 1230. 2. Alexanderstr. 14 b. 3. Kantstr. 49.

Eigene Schmelze — Direkte Verwertung.
Höchste Preise über Tageskurs
zahlt für
Platin-
Tiegel : Schalen : Brennstifte : Zahnstifte
Schmucksachen : Blitzableiterspitzen
Gold-
Barren : Münzen : Schmuck : Zahngold : Bruchgold
Silber-
Barren : Münzen : Abfälle : Bestecke : Löffel
Gegr. 1903 **nur** Gegr. 1903
Metallkontor
Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 138, Hallesch. Tor
Telephon: Moritzplatz 12858
Telegramm-Adresse: Metallkontor Berlin SW 68.
Eigene Schmelze — Direkte Verwertung.
Metallkontor Berlin SW 68 — Telephon Moritzplatz 12858

Möbel
neuzeitlich
geschmackvoll
gediegen
preiswert
NICOLAUS
Pindo
Markgrafenstr. ...
dicht am Bahnhof Börse

Amtlich geprüft!
Mehr Wärme!
Sichere Hilfe durch vollständige
Ofenrauchwärme-Ausnutzung!
Wegen Transportgefahr ist der Bedarf sofort aufzugeben! M. 110 bzw. M. 120 für gute u. gewöhnl. Öfen. Ausführliche Broschüre im Selbstverlag M. 2.20.
Prospekte gratis u. franko!
Weitere Fabrikationsaufnahme erwünscht!
Exporteure, Grossisten u. Platzvertreter gesucht.
Kleiro-Werke,
Karlsruhe i. B.

Neue Haare wachsen schon wieder
Ihr Haarkraftwasser wirkt **Wunder** nach 3mal Einreiben. Frau S. ..., Senat. B. ... So oder ähnlich lauten viele andere Anerkennungen über Reichel's Haarkraftwasser „Reell", M. 4 u. 6 M. „Die rationelle Haarpflege" gratis. Otto Reichel, Berlin 43, SO, Eisenbahnstr. 4.

Jetzt wieder
überall käuflich in Apotheken, Drogen- u. Feinkost-Geschäften.
General-Depot:
Berlin N 4, Bergstr. 34, Norden 6821.

Kupfer,
Messing, Zinn, Zink, Blei sowie sämtl. Alt- u. Edelmetalle kauft höchstzahlend
Metall-Einkaufs-Zentrale,
Kottbuser Damm 66.
Amt Moritzplatz 13580.

Zigarren
garant. rein Uebersee
von 600 Mk. an.
Uebersee-Rauchtabak
Goldflake — Navy Cut
Dicke Türken
sowie deutsche Marken.
Nordhäuser
Kautabak i. Roll. u. Stang.
jeden Posten abzugeben.
Zigarren-Haus
Gebr. Schanzer,
Friedrichstr. 243 (Hall. Tor)
Alexanderstr. 9 (N. Pol.-Pr.)

Weihnachtsbäume
werden an Händler ab Berlin, Lehrter Bahnhof und Bahnhof Steglitz in allen Größen gemischt abgegeben. Bestellung und Kaufabschluß bei
Körner & Brodersen Nachf.
Berlin-Steglitz, Körnerstr. 12.

Fette Gänse	Pfd. 10,95 M.
Fette Mastgänse	„ 12,50 „
Fette Enten	„ 9,95 „
Fette Mastenten	„ 11,50 „

Tasche, Belle-Alliancestr. 91 u. Charlottenbg., Kais.-Friedr. 4

Spezial-Behandlung
C. Weissert, Invalidenstr. 147, 1. Etage, Ecke Bergstraße
Viele Jahre in Krankenhäusern u. Kliniken tätig gewesen.
Kostenlose Untersuchung und Beratung über sachgemäße Behandlung.
Sprechstunden 10—12 und 4—6, Sonntags 10—12.

Vor Verkauf von
Quecksilber und Silbernitrat (Höllenstein)
anrufen, zahle konkurrenzlose Preise
Metallkontor, Alte Jakobstraße 138, Hallesches Tor
Moritzpl. 12858

JACOB STÜCK NACHFOLGER
WEINBRENNEREIEN HANAU a. M.

3 führende Marken:
Goldstück
Edelstück
Urstück
REINER WEINBRAND

Platina Gr. 105 M.
(nicht bis)
Gold, Silber, Münzen, Zahngebisse, Platin-Zähne nicht unter 6 M. bis 90 M. kauft
E. Hausdorf,
NO 18, Palisadenstr. 11, v. II.

Gebisse
Stiftzähne 6,— bis 80,—
Platin
Gold u. Silber in jeder Form höchste Preise.
kauft **Linke**
Blücherstr. 40 Port. 2 II, 8-8 U.

Eine Tuchfabrik
in einem Fabrikort, etwa eine Stunde von Berlin entfernt, beabsichtigt eine Anzahl
Schwerkriegsbeschädigter
einzustellen. Angebote unter F. 42 Hauptexp. „Vorwärts".

Dr. Grütering
Spezialarzt.
Invalidenstraße 35
Ecke Chausseestraße am Stettiner Bahnhof.
10–1, ½5–½7, Sonnt. 11–12

Pianos
gegen bar und auf Teilzahlung.
Pianohandlg., Berlin,
Göbenstr. 10, pt.

Zigaretten
Zigarren
Zigarillos
in großer Auswahl.
Uebersee-Rauchtabak.
Lagerbesuch sehr lohnend
Nur Kantinen u. Gastwirt.
M. Dessen, Berlin,
Alexanderplatz 2, I Tr.
am Untergrundbahnhof.

Echte Piassava-Besen

sowie ander. Bürstenw. b. der Bürsten-Industrie **R. Simon,** Lindenstr. **108**

Nasenröte
unnatürl. Blutröte des Gesichts, Blutäderchen, Pusteln usw. beseitigt am sichersten „Marubin". Seit fast 30 Jahren mit wirksamsten Erfolgen erprobt. Dose Mk. 6,—. **Otto Reichel,** Bln. 43 Eisenbahnstr. 4.

Heute
Zeugung und Werden des Menschen.
482b

Volksvorträge über das Geschlechtsleben von Ferdinand Frhr. v. Reitzenstein mit zahlreichen zum Teil farbigen :: :: **Lichtbildern**

Der Geschlechtsapparat. — Die Befruchtung. — Der Vorgang der Zeugung. — Vererbung. — Kann man Knabe oder Mädchen bewußt zeugen?

Germania-Säle, Chausseestraße.
Kassenöffnung 6 Uhr. Anfang pünktlich 7 Uhr.

Rednerkursus verbunden mit einer Einführung in die Volkswirtschaft findet in Lichtenberg im Realgymnasium in der Parkaue (am Bahnhof Frankfurter Allee) Mittwochs und Sonnabends von 7–9 Uhr abends (16 Doppelstunden) gegen eine Einschreibegebühr von 3 M. statt. Die Veranstaltung steht im Dienste keiner Partei. Beginn Sonnabend, 6. Dezember, 7 Uhr. Einschreibung nach dem ersten Vortrag. 222/20*
Liga zur Erhaltung der deutschen Kultur.

Spezial-Behandlung
Harn- und Blutuntersuchung, Licht- und Finsen-Behandlung. Bestrahlungen. Schnell, sicher, ohne Berufsstörung.
Getrennte Wartezimmer für Damen und Herren.
Aerztliche Heilanstalt **Löser, Münzstr. 9** nahe Alexanderplatz 9–1, 4–8, Sonnt. 9–1.

Spezial-Behandlung Kühn Praxis seit 1901
Andreasstr. 75, I Ecke Breslauer Str., dicht am Schles. Bhf. Sprechz. 10–12, 5–7, Sonnt. geschlossen
Harn- und Blutuntersuchungen.

Spezialarzt Dr. Hasché
Sprechstunden 10–1, 5–8, Sonnt. 10–1.
Friedrichstraße 90 am Bahnhof Friedrichstraße. — Teilzahlung gestattet.

Dr. med. Karl Reinhardt
Berlin, Potsdamer Str. 117 (a. d. Lützowstraße)
Spezial-Arzt
bewährte fachmännische Behandlung.
Unentgeltl. Auskunft u. aufklär. Gratis-Broschüre Beschreib. sämtlich. Heilverfahren (verschloss. Brief 1.50 M.). Sprechstund. v. ½12–2 mittags, ½6 bis 9 abends, Sonntags ½11–1.

Yohimbin-Lecithin
Auf wissensch. Grundlage aufgebautes Kräftigungsmittel. 30 60 125 Portionen. 12.- 22.- 40.-
Verlangen Sie Gratisbroschüre
Versand durch Apotheker **Maaß**, Hannover 13.

Verlangen Sie
„Vioparfa" Zahnpasta
Parfüme sowie erstklassige kosmetische Präparate
Viola Parfümerie-Fabrikation, Berlin SO. 16, Cöpenicker Straße 112. Moritzpl. 11961

Möbel-Fabrik Rob. Seelisch
Gegründet 1870.

BERLIN O 112, Rigaer Str. 71—73a
2 Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee, empfiehlt **gute preiswerte Möbel.** Einrichtungen in jeder Preislage. Ganz besonders große Auswahl in
Schlaf-, Speise-, Wohn-, Herrenzimmern
jedem Geschmack entsprechend.
154 Musterräume, Lagerräum. 6696 □ Mt. gr.
Versand nach allen Plätzen Deutschlands.
Besichtigung lohnend, ohne Kaufzwang.
Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern.
Wochentags von 8½—7 Uhr geöffnet.

BEGEE HAEMATOGEN TABLETTEN

Unterernährte, Nervöse, Blutarme!

Auf Grund wissenschaftl. Zusammensetzung das hochwertigste Nähr- u. Kräftigungsmittel der Gegenwart.

ca. 90% reine Nährstoffe
einschließlich 10% Nährsalze

Fragen Sie Ihren Arzt!

Zu haben in Apotheken und Drogerien
Preis pro Schachtel Mark 7,50.

Pharm. Fabrik Bodenstein & Goslinski, Berlin-Wilmersdorf, Prinzregentenstr. 1, Fernspr. Uhland 6415.

Seeligs Möbelhaus
nur Elsasser Straße 8
Speichereien im Fabrik-Gebäude. Ständige Gelegenheitskäufe in neuen und gebrauchten Wohnungs-Einrichtungen, von d. einfachsten bis zu den vornehmsten.
Herren-, Speise- und Schlafzimmer
besonders preiswert. Bunte Küchen von M. 175,— an.
Spezialität:
Kleiderschränke, Vertikows, Bettstellen,
staunend billig.
Verkaufszeit von 9—7 Uhr.
Der weiteste Weg macht sich bezahlt.

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht,
kauft höchstzahlend
Ingenieurbureau Schlichting Berlin W 9, Linkstraße 10. Tel.: Lützow 3705 und 8518.

Blei! Zinn! Weißmetall!
alle Legierung., jede Menge, zu höchstem Tagespreis kauft Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31 (Alex. 4250).

Dynamo
gesucht, 65 oder 100 Volt, mit Anlaßwiderstand, 9—10 KW. Offerten, Preis, beschleunigt.
Westphal, Friedenau, Wilhelmstr. 2.

Ankauf von Platin auch Zähne
Gold u. Silber
in jeder Form und Menge für hohen Preis
J. Weinstock G. m. b. H.
Goldwarenfabrik,
Mohrenstraße 16a,
U.-Bhf. Friedrichstr. Kottbuser Damm 24. Alexanderstr. 14a. Charl., Stuttgart. Pl. 3. Tauentzienstr. 6. Schöneb., Grunewaldstr. 15.
Geöffnet 9 bis 6 Uhr. Achtung! Kein Laden.

Möbel
Küchen
in allen Farben, 3teilig, m. Rahm. M. 350
7teilig, mit Anrichte ..... M. 575
Gedieg. Verarbeitung.
Auf Wunsch Zahlungserleichterung.
Stolzmann
Belle-Alliancestr. 100.

Zigaretten
Pro Mille von M. 120,— an
Zigarren 100 Stück Mark 10,— an
Kautabak (prima Qualität)
Rauchtabak (rein Uebersee)
Beste Bezugsquelle f. Gastwirte
L. Manheimer, Berlin,
Bergmannstr. 1 (a. Kreuzberg).

!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III, Ecke Kochstr.

Alte Gebisse bis 1000 M.
Zähne 4,60 bis 75 M.
Gold, Silber, Platina kauft
Frau **Knuth,** Sonnenburger Straße 54, v. II.

Wie ein Wunder
beseitigt San.-Rat Dr. Strahl's **Haussalbe** sed. Hautausschl., Flecht., Hautjuck., bes. Beinschad., Krampfadern der Frauen u. dergl., in Originaldosen 6.25, 9.75 erhältlich in der „Elefanten-Apotheke" Berlin 213, Leipziger Straße 74 (a. Dönhoffpl.)

Wohnungstausch!
Drei-Zimmerwohnung, schöne, in Frankfurt a. M. wegen Versetzung nach Berlin gegen eine gleichartige Wohnung in Berlin oder Vorort zu tauschen gesucht. Gefl. Zuschriften an H. Kuhn, Berlin SW 48, Wilhelmstr. 140 II. Telephon: Lützow 3877 u. 9968.

Brennholzverkauf
mittags von 12—1 Uhr und nachmittags von 4—5 Uhr.
Von 5 Zentner ab frei Hof.
Heinrich Drechsel,
Kistenfabriken,
NO 55, Heinersdorfer Str. 15.
Tel.: Kgst. 2801 u. Alex. 40.

Buchhandlung Vorwärts
G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Die Stimme aus dem Grabe
Reden von
JEAN JAURÈS
Gesammelt u. besprochen von **VICTOR SCHIFF**
Preis Mk. 1,50

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Lichtenberg.
Bekanntmachung.
Die anberaumte Ausschußsitzung findet nicht am 10. sondern am 17. Dezember 1919 statt. 286/5
Der Vorstand.
O. Geisel, Vorsitzender.

Bartflechte
Wunderbar gewirkt hat bei mir Ihr Bartflechtenmittel „Parasan". Es ist von allen Mitteln das beste, was ich seit vier Jahren angewendet habe. Bestrahlungen und alles andere haben nicht so geholfen, wie Ihr berühmtes Spezialmittel. — Derartige Anerkennungen wiederholt. Bereits tausende befreit. Mark 9,50. **Otto Reichel,** Berlin 43 SO. Eisenbahnstr. 4.

Wir kaufen
laufend sämtliche rohen Felle und zahlen für gute Kanin 5.— M. pro Stück, evtl. auch noch mehr. 20/6
Pitschpatsch & Co.,
Wallstr. 21/22.

Elektromotore
Gleichstrom :: Drehstrom
kauft
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstr. 10.
Tel. Lützow 3705 und 8518.

Stellenangebote

Tüchtiger Annoncenakquisiteur
gesucht für erstklassige Wochenschrift mit großer Auflage. Anmelden bei der 1171b*
Redaktion der „Warnung",
Französische Straße 59, I.

223/2
Bezirksverband Zwickau (S. P. D.).
Für das obere Vogtland mit dem Sitz in Plauen suchen wir für 1. Januar 1920 einen
Agitationsbeamten.
Verlangt wird rednerische, agitatorische und organisatorische Befähigung. Gehalt nach den üblichen Bedingungen. — Schriftliche Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und der Dauer der Parteizugehörigkeit sind bis zum 15. Dezember an den Unterzeichneten einzureichen.
Richard Meier, Zwickau, Bosenstr. 16.

Betriebswächter
für mittlere Maschinenfabrik per bald gesucht. 1402
Hugo Büchner G.m.b.H. & Co., Belle-Alliance-Straße 92.

Buchdrucker,
der im Drucken von Tüten und Beuteln bewandert ist, sucht
Robert Kellpflug,
Friedrichstr. 11. 478b

Herrenmaßschneider
für Großstücke suchen wir für dauernde lohnende Beschäftigung. Es wird Tarif I gezahlt. 1581b*
C. Cuttmann & Comp.,
Friedrichstraße 229.

Schulentlassener Knabe
mit gutem Schulzeugnis als Bureaubote gesucht.
Albert Kreuzer,
Fabrik elektrotechn. Apparate,
Berlin-Schöneberg,
Mühlenstr. 8, 2. Hof III.

Reisende
sucht Zigarettenlager Bergmannstr. 1.

Schlossermeister,
erfahren in Brückenkonstruktion und ähnlichen Arbeiten, gesucht. Angebote unter H. 42 an die Hauptexpedition d. „Vorwärts".

Tüchtige
Motoren-Schlosser
gesucht. 1182b*
Ausführl. Bewerbungsschreiben mit Zeugnisabschriften einzureichen an **Automobilwerk Otto Berger, Schwiebus,** Bez. Frankfurt a. O.

Tüchtige
Verkäuferin,
branchekundig, für dauernde Stellung gesucht.
Goldwarenfabrik J. Weinstock, G. m. b. H., Mohrenstr. 16, I.

Suchen Sie nie vergeblich!

Wenn Sie etwas suchen, müssen Sie gut sehen können, um es zu finden. Aber was nun, wenn Sie Ihr Augenglas suchen müssen. Dann setzen Sie eben ein anderes auf. Allerdings nützt auch das wenig, wenn Sie es so machen wie meine Großmutter. Sie pflegte ihren Kneifer, den sie an der Schnur trug, stets über die linke Schulter zu werfen, wenn sie ihn nicht benutzte. Hatte sie ihn aber aus Versehen über die rechte geworfen, so fand sie ihn nicht, trotzdem sie ihre Brille aufsetzte und die ganze Stube absuchte zum Vergnügen von uns Kindern, die darüber lachten, weil es so komisch aussah. Aber ebenso komisch und lächerlich sieht es aus, wenn man einen sonst ganz vernünftigen Menschen hilflos zu Hause sitzen sieht, nur weil er sein Augenglas im Geschäft vergessen hat. Er schimpft und ärgert sich und andere, weil er an falscher Stelle so sehr gespart hatte, anstatt ein zweites gutes Augenglas anzuschaffen. Manchmal ist allerdings noch ein altes vorhanden, und man sieht dann diesen Sparsamen die Zeitung lesen, wobei er die Arme so weit ausstreckt, daß man Angst bekommt, er reckt sie sich so sehr aus, daß ihm nachher die Rockärmel zu kurz sind.

Lohnt es sich wirklich, heute noch so zu sparen, um sich auch nur zeitweisen Verdruß und Aerger zu machen? Wie unangenehm ist es, wenn man sein Glas zerbrochen hat, und selbst Optiker Ruhnke, der doch bekanntlich eine eigene große Brillen-Gläser-Fabrik in Rathenow hat, kann es nicht sofort ersetzen, weil eben unter den heutigen Verhältnissen entweder das Rohglas fehlt, daß die Glashütten aus Kohlenmangel nicht liefern können, oder weil ein anderes der so bekannten Hindernisse eingetreten ist.

Es wird wohl nur wenige Menschen geben, die kein Hemd anzuziehen haben, weil ihr einziges gerade in der Wäsche ist. Aber daß es Tausende von Menschen allein in Berlin gibt, die in Verlegenheit kommen, wenn sie ihr Augenglas zerbrochen oder verlegt haben, das ist sicher.

Wie störend und manchmal auch kostspielig aber ist es, wegen eines zu wenig gekauften Augenglases nicht sehen zu können, nicht seine Arbeit zu rechter Zeit oder mit gewohnter Sorgfalt verrichten oder auch nur die Zeitung nicht lesen zu können.

Schaffen Sie sich deshalb noch heute ein zweites Augenglas an, vielleicht morgen schon werden Sie es gebrauchen müssen. Aber kaufen Sie sich nun keinen billigen Ersatz, sondern ein gutes, passendes, modernes Augenglas, das seinen Zweck auch dann noch erfüllen kann, wenn Ihr jetzt im Gebrauch befindliches den Dienst für immer versagt. Gute Sachen sind immer die billigsten. Zwar auch Augengläser sind teurer geworden. Selbst Optiker Ruhnke, der doch gewiß preiswert ist, muß für einen guten Doublé-Kneifer mit den modernen gewölbten Punktoril-Gläsern M. 25.— bis 50.— berechnen. Dafür prüft er aber kostenlos und mit Sorgfalt Ihre Augen und garantiert für alle Fassungen von M. 12.50 an bis zu 3 Jahren. Geschäfte der Firma Ruhnke in Groß-Berlin: O: Am Alexanderplatz, Am Spittelmarkt. W: Leipziger Straße 118, Friedrichstr. 198a. Linkstr. 1. O: Frankfurter Allee 14. S: Kottbuser Damm 10. N: Invalidenstr. 164. Invalidenstr. 117. Chausseestr. 72, Schönhauser Allee 81. Friedrichstr. 106. SW: Belle-Alliancestr. 4. NW: Friedrichstr. 150. SO: Oranienstraße 44. Charlottenburg: Joachimsthaler Straße 2, Tauentzienstr. 15. Friedenau: Rheinstraße 18. Wilmersdorf: Berliner Str. 182-183. Schöneberg: Hauptstr. 21. Neukölln: Bergstraße 4.

Oesterreich vor dem Zerfall.

Die Krisis des Staates geht mit Riesenschritten vorwärts. Die wirtschaftliche und politische Lage ist vollständig ungeklärt, wird aber außerordentlich ernst beurteilt. Die Konferenz der Regierungsvertreter mit den Wiener Ententevertretern hat, wie die „Telegraphen-Union" erfährt, die Unmöglichkeit klargelegt, die Staatsgeschäfte unter den jetzigen Verhältnissen fortzuführen. Die Reise Dr. Renners nach Paris dürfte die Klärung bringen, die jedoch nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern auch auf politischem Gebiet erwartet wird. Das Staatsgefüge hat eine schwere Erschütterung erlitten. Die Bestrebungen des Landes Vorarlberg, sich an die Schweiz anzuschließen, haben die politische Krise nur noch verschärft. In wirtschaftlicher Beziehung ist in der nächsten Woche wieder nur die gekürzte Brotquote zu erwarten. Die Kohlenkrise ist geradezu zu einer Katastrophe geworden, da abgesehen von den oberschlesischen Einläufen aus der Tschecho-Slowakei und aus Polen nur die minimalsten Mengen an Kohlen hier eingetroffen sind.

Nach einer Depesche aus Bregenz ist die Anschlußfrage Vorarlbergs in ein akutes Stadium getreten. Wie es heißt, soll dem Landtag ein Antrag unterbreitet werden, die Staatsregierung aufzufordern, dem Lande Vorarlberg das Selbstbestimmungsrecht einzuräumen und die nötigen Schritte hierfür in Paris einzuleiten. Sollte die Wiener Regierung dies verweigern oder unterlassen, so sei die Landesregierung zu beauftragen, selbständig alle Schritte zu unternehmen, um die Entschließungsfreiheit Vorarlbergs bei den Ententemächten zu bewirken. Es wird sich nun zeigen müssen, wie sich die Regierung diesen Loslösungsbestrebungen Vorarlbergs gegenüber verhalten wird.

Monarchistische Hoffnungen in Ungarn.

Die Räteherrschaft in Budapest hat auf die Gesinnung der ungarischen Bevölkerung einen sehr starken Einfluß zugunsten des monarchischen Gedankens ausgelöst. Nach den wüsten Ausschreitungen der Regierung Bela Khuns ist dieser Sprung von einem Extrem zum anderen erklärlich.

Eine Deputation der ungarischen Royalistenpartei unter Führung des Grafen Sommössich sprach beim Ministerpräsidenten Huszar vor. Graf Sommössich brachte das Ersuchen vor, daß an dem ungarischen Wappen wieder die Staatskrone angebracht werde, und daß bis zur Entscheidung über die Staatsform Ungarn nicht als Republik, sondern als ungarischer Staat bezeichnet werde. Der Ministerpräsident erklärte in seiner Erwiderung, er bekenne sich stolz als Royalisten. In der Frage der Staatsform werde eine Volksabstimmung zu entscheiden haben. Er sei dessen sicher, daß eine gewaltige Mehrheit sich hierbei für das Königtum aussprechen werde. Der Ministerpräsident ersuchte schließlich die Partei, unter Ausschaltung der persönlichen Frage ihre Tätigkeit fortzusetzen, wobei sie auf seine sowie auf die Unterstützung der Regierung rechnen könne.

„Daily Expreß" erfährt aus Budapest, daß die Aussicht auf eine etwaige Abrechnung mit den Tschechen und Rumänen in Ungarn eine große Aufregung hervorrufe. Die Möglichkeit würde ein neuer, durch das Abenteuer d'Annunzios verursachter Balkankrieg bilden. Angeblich haben sich in vielen Distrikten dreimal mehr Freiwillige für das nationale Heer gemeldet, als Horthy verlangt hatte. Der Haß gegen die Tschechen und Rumänen ist in Ungarn sehr groß.

Abreise der amerikanischen Delegation.

Die „Information" meldet aus Paris: Es sind bestimmte Anzeichen vorhanden, daß die amerikanische Abordnung mit dem Inhalt der Noten Clemenceaus an Deutschland nicht einverstanden ist. Die Abordnung, die bei der Abfassung der Noten so gut wie keinen Einfluß gehabt hat, wird trotz der Bemühungen der französischen Regierung, sie in Paris zu halten, endgültig am 6. Dezember nach den Vereinigten Staaten abreisen.

Drakonische Strafen für Kriegsschuldige.

Die Agentur Dacia meldet aus Sofia: Der bulgarische Gesetzentwurf über die Aburteilung der für den Krieg verantwortlichen Personen ist fertiggestellt und enthält folgende Bestimmungen: Wer an den Vorbereitungen zum Kriege, an der Kriegserklärung und an der dauernden Weiterführung des Krieges tätigen Anteil genommen hat, wird mit dem Tode und der Beschlagnahme seines sämtlichen Vermögens bestraft. Hierbei soll es gleichgültig sein, ob es sich um das ehemalige Staatsoberhaupt, um Minister oder Heerführer handelt. Diplomaten und bevollmächtigte Gesandte, welche an dem Abschluß jener Geheimverträge beteiligt waren, welche zum Kriege führten, sollen mit 15 Jahren Gefängnis und Konfiskation des Vermögens bestraft werden. Sobranjemitglieder, Präfekten und militärische Kommandanten, die durch Ausübung ihrer Amtspflichten zum Kriege beigetragen haben, werden mit Gefängnis von zehn bis fünfzehn Jahren bestraft und verlieren ihre Stellung. Dieselbe Strafe wird gegen jene Personen ausgesprochen, die die Kriegslage zu Wuchergeschäften ausgenutzt haben. Ueber die Schuldigen wird ein nationaler Gerichtshof urteilen.

Kleine politische Nachrichten.

Postaushelferstreik in Köln. Das Hilfspersonal des hiesigen Post-, Fernsprech- und Scheckamts ist in den Ausstand getreten. Die Gebäude werden von deutschen und englischen Polizeimannschaften bewacht. Der Ausstand wurde durch Ablehnung der Forderung einer Erhöhung des Einkommens hervorgerufen. Es handelt sich um einen viertägigen Proteststreik. Bei Wiederaufnahme des Dienstes soll die Leistung von Ueberstunden abgelehnt werden. Wenn Mittwoch keine zusagende Antwort eintrifft, beginnt der Proteststreik von neuem.

Der siebente Sowjetkongreß in Moskau. Die Blätter erfahren, daß auf dem 7. Sowjetkongreß in Moskau nicht nur die Bolschewisten, sondern auch andere politische Gruppen zugelassen werden. Alle Parteien, die sich bereit erklären, für die Verteidigung der Sowjetrepublik einzutreten, sollen im Kongreß eine beratende Stimme erhalten. In Betracht kommen die russische kommunistische Partei, die ukrainische kommunistische Partei, die Menschewiki, die revolutionären Kommunisten, die internationalen Sozialisten, die ukrainischen Linkssozialisten, die ukrainischen Rotbisti, der Bund der Kommunisten usw. Jede dieser Organisationen wird zwei oder drei Mitglieder zum Kongreß entsenden.

Abbruch des italienischen Generalstreiks. Der Sozialist Treves erklärte anläßlich der Besprechung der Zwischenfälle vom Dienstag in der Kammer, daß der allgemeine Arbeiterbund, die sozialistische Parteileitung und die sozialistische Kammergruppe beschlossen hätten, den Generalstreik in allen Städten Italiens am Mittwoch um Mitternacht abzubrechen.

Reinhard, Kessel und Wehmeyer als Zeugen.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Ueber die drei Berichte sagt Oberst Reinhard nichts Wesentliches aus.

Vors.: Was für einen Eindruck machte der Angeklagte damals? Reinhard: Marloh machte

einen nervösen Eindruck

und den Eindruck eines Mannes, der das Gefühl hat, seine Pflicht getan zu haben. Ich hatte aber auch den Eindruck, daß Marloh zu scharf und unüberlegt gehandelt hatte. Ich wunderte mich, daß Stützungen eingetroffen waren. Ich hatte persönlich die Ueberzeugung, daß

das Recht zum Waffengebrauch

längst vorlag, und daß bei Widersetzungen von der Kugel Gebrauch gemacht werden konnte. Kriegsgerichtsrat Meyer: Haben Sie dem Oberleutnant Kessel gegenüber gesagt, Marloh könne von der Waffe Gebrauch machen, oder er solle schießen lassen? Reinhard: Ich glaube gesagt zu haben, er solle schießen lassen. Meyer: Unter Erschießen versteht man im allgemeinen doch an die Wand stellen? Reinhard: Es ist möglich, daß ich so etwas gesagt habe. Meyer: Haben Sie zu Kessel gesagt, der Marloh ist schlapp. Reinhard: Ich glaube Kessel gefragt zu haben: Ist das auch eine energische Persönlichkeit? Der Befehl, Marloh zu bestellen, er sei schlapp, ist von mir nicht gegeben worden, denn das wäre eine Kränkung gewesen. Von der Flucht Marlohs und der Aushändigung von 5000 M. weiß ich nichts. R.-A. Grünspach: Hatten Sie bei der Vernehmung des Oberleutnant Marloh durch Staatsanwalt Weismann den

Eindruck der Unglaubhaftigkeit

des Angeklagten? Reinhard (zögernd): Darauf kann ich so nicht antworten. Marloh war damals stutzig und befangen, aber den Eindruck eines Lügners machte er nicht. R.-A. Grünspach: Wissen Sie, daß bei der Vernehmung durch Staatsanwalt Weismann Oberleutnant Marloh gesagt hat: Es ist zwar eine Lumperei, aber ich tue es im Interesse des Staates? Haben Sie ihn darauf zur Rede gestellt oder haben Sie ihn beruhigt? Reinhard: Marloh war so komisch an dem Tage, aber ich hatte keinen Grund, ihn zu rügen.

Rechtsanw. Grünspach bittet, ein Schriftstück zu verlesen, aus dem hervorgeht, daß Oberst Reinhard

seine Anordnungen stets als Befehl

angesehen hat. Vert. Rechtsanw. Kilath: Herr Oberst, haben sie eine Abschrift des ersten Berichtes in Händen gehabt? Reinhard: Ich habe einen Bericht in Händen gehabt, von dem ich nicht weiß, wer ihn gemacht hat. Rechtsanw. Kilath: Herr Oberst, halten Sie Oberleutnant Marloh nicht für fähig, einen klaren Bericht selbständig aufzusetzen? Die Sachverständigen haben doch gestern hier ausgesagt, daß Marlohs Intelligenz über dem Durchschnitt steht. Reinhard: Nicht jeder Offizier ist Jurist, der imstande ist, einen Bericht anzufertigen, der einem Gericht standhalten kann. Rechtsanw. Kilath: Also geben Sie zu, daß dieser Bericht schon damals juristisch verwertet werden sollte. Ich bitte darum um Aufklärung. Zeuge: Ich habe den Eindruck, daß hier jemand auf Aktendiebstahl und ähnliches festgelegt werden soll. Vors.: Es liegt mir ein Bericht vor, in dem Staatsanwalt Weißmann sagt, daß Marloh ihn gebeten habe, ihm bei der Abfassung des Berichtes zu helfen, da er zu aufgeregt sei. Angekl. Marloh: Ich war zwar erschöpft, ich habe aber den ersten Bericht wahrheitsgemäß angefertigt und ich bin zum Staatsanwalt Weißmann nur auf Wunsch von Oberleutnant v. Kessel gegangen. (Sehr erregt:) Ich lüge nicht. Vors.: Sie haben aber wiederholt in dem Verfahren die Wahrheit nicht gesagt. Angekl.: Nur

im Interesse des Vaterlandes

habe ich mich verpflichtet gefühlt, die Wahrheit nicht zu sagen. Rechtsanw. Grünspach: Oberleutnant Marloh ist von Oberleutnant v. Kessel intensiv bearbeitet worden, die Wahrheit nicht zu sagen, das werden wir beweisen. Da kann man doch nicht behaupten, daß der Angeklagte lügenhaft ist. Rechtsanw. Kilath: Wie kommt es, daß in dem Bericht kein Wort davon enthalten ist, daß Oberleutnant Marloh einen Befehl seiner vorgesetzten Dienststelle erhalten hatte? Zeuge: Es handelte sich nicht um einen Befehl, sondern mehr um eine Gefechtsanleitung, wenn ich mich so ausdrücken darf. Rechtsanw. Grünspach: Herr Oberst, haben Sie auf den Bericht irgendwelchen Einfluß ausgeübt? Zeuge: Nein.

Rechtsanw. Grünspach: Ich stelle den Antrag, Oberst Reinhard als Sachverständigen darüber zu vernehmen, daß ein Offizier in der Lage, wie sie Marlohs damals erschien — nämlich beginnende Meuterei, drohender Angriff, und wenn dem Offizier ferner Befehle seiner Vorgesetzten vorliegen, die ihm sagen: „Geh energisch vor, und wenn Du 150 Mann erschießt" oder „Der beste Schuß ist die Kugel" — gar nicht anders handeln kann. Kriegsgerichtsrat Meyer: Ich bitte, die Beschlußfassung über diesen Antrag auszusetzen, bis mehrere Zeugen hierzu vernommen sind. Außerdem halte ich ein Militärgericht für genügend sachverständig, eine solche Frage selbst zu entscheiden. Rechtsanw. Grünspach: Ich kann nicht anerkennen, daß jeder in einem Kriegsgericht Sitzende auch eine Gefechtslage richtig beurteilen kann. Kriegsgerichtsrat Meyer: Ich bitte aber, dann nicht einen Herrn als Sachverständigen zu vernehmen, der hier stark beteiligt ist.

Hauptmann v. Kessel:

Der Vorsitzende macht ihn zunächst darauf aufmerksam, daß er die Beantwortung von Fragen, durch die er sich selbst der Schuld bezichtigt, ablehnen könne. Vors.: Wir kennen die Befehle des Oberst Reinhard. Wollen Sie uns bitte Aufschluß geben, woher Ihnen die Mitteilung der beabsichtigten Lohnauszahlung in der Französischen Straße zugegangen war? Zeuge: Ich erhielt die Meldung sowohl vom Korps Lüttwitz, als auch vom Kriminaloberwachtmeister Kirchbaum vom Berliner Polizeipräsidium. Ich dachte zuerst, daß es sich um eine unrechtmäßige Auszahlung von Lohn handele. Vors.: Haben Sie dem Angeklagten

besondere Instruktionen

gegeben? Zeuge: Nein, ich war überhaupt bis zum nächsten Vormittag abwesend. Vors.: Wann erhielten Sie die ersten Nachrichten über die Vorgänge in der Französischen Straße? Zeuge: Ich kam gegen ½11 Uhr ins Kriminalgericht und sah dort in der Säulenhalle Oberst Reinhard und Leutnant Schröder in erregtem Gespräch. Im Vorbeigehen hörte ich auch das Wort Französische Straße fallen. Ich bin aber nicht herangegangen, weil ich nicht orientiert war. Nach ein paar Minuten kam dann Oberst Reinhard zu mir hinauf. Vors.: Was verhandelte Oberst Reinhard mit Ihnen? Zeuge: Er besprach mit mir die Lage und gab mir allgemeine Anweisungen. Vors.: Was sagte er Ihnen genau? Zeuge: Die wörtliche Wiedergabe ist mir nach acht Monaten nicht mehr möglich. Oberst Reinhard äußerte sich sehr erregt über die V. M. D., gegen die wir jetzt schon zum dritten Male kämpften. Er sprach sehr scharf davon, daß der Kommandeur der V. M. D. schon zum dritten Male der Regierung das Wort gebrochen hätte. Vors.: Und was war das Ergebnis Ihrer Unterredung? Zeuge: Das Ergebnis war folgendes: Oberst Reinhard äußerte sich, daß eigentlich

die ganze Gesellschaft an die Wand

gehörte, sagte aber sofort unter Hinweis auf die Befehle von Lüttwitz und Noske, daß nach diesen Befehlen streng gehandelt werden müsse.

Zeuge Leutnant Wehmeier teilt mit, daß der fragliche Befehl folgendermaßen gelautet habe:

Nehmen Sie sich ein Auto, fahren Sie fort und bestellen Sie Marloh, daß Oberst Reinhard sehr wütend sei, weil er gegen 300 Gefangene zu schlapp sich verhalte; von der Waffe müsse ausgiebig Gebrauch gemacht werden und wenn 150 erschossen würden. Alles, was er erschießen könne, solle er erschießen, da die Unterstützung noch länger auf sich warten lassen würde. Oberst Reinhard wisse auch gar nicht, wo er mit den ganzen Leuten hin solle.

Zeuge hat dann gegen 12 Uhr diesen Befehl Marloh überbracht, der darüber sehr erregt war und die Aeußerung machte: Du bist wohl verrückt! Zeuge hat den Auftrag als unbedingten Befehl, dem zu gehorchen sei, aufgefaßt. Der Bericht, den Marloh mit Staatsanwalt Zumbroich zusammen abfaßte, war nach dem Zeugen lediglich historische Wahrheit. Der von Kessel vorher überreichte Bericht ist dem Zeugen in die Feder diktiert worden. Nach einigen Tagen wurden alle diese Berichte wieder abgeholt. Als Gründe der Abänderung hat ihm Marloh später gesagt, er dürfe nicht in dem Bericht erwähnen, daß die ihm überbrachten Befehle von seinen direkten Vorgesetzten kämen. Von dem dritten Bericht weiß der Zeuge nichts. Marloh sagte nur zu ihm später: Jetzt endlich haben sie

die Sache im Lot.

Ueber die Flucht Marlohs bekundet er, daß er von Oberleutnant v. Kessel dazu fortgesetzt gedrängt worden sei. Marloh habe sich deswegen schon selbst in Schutzhaft nehmen lassen wollen. Auf Veranlassung von Kessel hat der Pfarrer Rump seinem Neffen Marloh dann vorgehalten, es sei seine vaterländische Pflicht, zu verschwinden, denn der Prozeß würde riesigen Staub aufwirbeln; Noske, Reinhard usw. könnten sich dann kaum halten und damit würde die Regierung hinfällig. Pfarrer Rump ließ sich darauf zweimal das Ehrenwort von Marloh geben, daß er nicht fliehen, sondern nur aus Berlin verschwinden werde. Der Zeuge schrieb für Marloh dann die Papiere aus, die Kessel unterschrieb. Sie wurden dem Angeklagten mit 5000 Mark ausgehändigt und Marloh fuhr darauf ab. — Vorsitzender: Ist gesagt worden, welche Vorgesetzten dahinter stecken? — Zeuge: Nein. Von Kessel sagte nur lediglich: Die Herren sind vor Freude hochgesprungen, daß Marloh gegangen ist. Wer das aber war, weiß ich nicht. — Auf Befragen des Anklagevertreters bestätigt Zeuge, daß er der Auffassung gewesen, daß die

Erschießung unbedingt

vorgenommen werden mußte. — Der Anklagevertreter hält ihm vor, daß dies aus dem Wortlaut des Befehls nicht zu entnehmen sei. — R.-A. Grünspach erhebt gegen solche suggestive Fragen Einspruch. — R.-A. Kilart: Sie glaubten also, daß die Tendenz des Kesselschen Befehls war, möglichst viele unschädlich zu machen? — Zeuge: Jawohl. — R.-A. Grünspach bringt nun die Sprache auf eine Unterredung zwischen Pfarrer Rump und General von Oertzen, wobei auch der Zeuge zugegen war. Kessel äußerte sich: Der Befehl ist gegeben worden, deswegen kann ihm nichts passieren. Es handelte sich nur um die Auswahl der Leute. Menschlich sei die Tat zu loben, aber juristisch sei damit nichts anzufangen.

Der nächste Zeuge ist der

Erste Staatsanwalt Weißmann.

Er erklärt, in welcher Weise er an der Verfassung der Berichte beteiligt war. Er habe sich dazu bereit erklärt, und zwar lediglich aus Gefälligkeit dem Oberst Reinhard gegenüber, den er als Retter von Berlin schätze. Aus Marloh sei nicht viel herauszuholen gewesen; er sei ganz verstört und verworren gewesen. Der Zeuge besinnt sich auf folgenden Vorgang ganz genau: Marloh habe vor dem Oberst Reinhard stramm stehend immer wieder erklärt: Herr Oberst, wenn ich nicht so gehandelt hätte, wie ich es getan, dann hätten Sie keinen Ihrer Leute wiedergesehen. Was Marloh erzählte, hat der Zeuge dann nach bestem Wissen zu Papier gebracht. Er wie Reinhard hätten die bestimmte Empfindung gehabt, daß Marloh in einer Art Notwehr gehandelt zu haben glaubte. Auf einen besonderen Befehl hat Marloh sich nicht berufen. — Der nächste Zeuge,

Staatsanwalt Zumbroich,

erklärt u. a., daß er sich bei dem langen Zurückliegen der ganzen Vorgänge nicht eidlich überall festlegen möchte. Er bestätigt nur, was Oberst Reinhard gesagt hat. Marloh hat sich immer auf Befehle berufen, und zwar von Noske, Lüttwitz und Reinhard. Damals hat der Zeuge schon die bestimmte Ansicht geäußert, daß Marloh durch diese Befehle völlig gedeckt sei und man seiner Person wegen außer Besorgnis sein könnte.

Die nächsten Zeugen, Hauptmann v. Steuben und Leutnant Schröder, bekunden im wesentlichen, daß Oberst Reinhard keinen direkten Befehl, sondern nur allgemeine Anweisung gegeben habe.

Zuletzt kommt es noch zu einem scharfen

Zusammenstoß

zwischen dem Verteidiger Grünspach und dem Anklagevertreter. Es entspinnt sich eine lebhafte Kontroverse zwischen Oberleutnant v. Kessel und dem Verteidiger, welcher der Anklagevertreter schließlich scharf ein Ende zu machen sucht. R.-A. Grünspach verbittet sich ebenso scharf jede Kritik seines Vorgehens. Im Zuhörerraum ertönt dazu lautes Bravo.

Freitag Weiterverhandlung.

Ankunft des ersten deutschen Schiffes im Londoner Hafen. Das erste deutsche Schiff, das nach Kriegsbeginn unter deutscher Flagge im Hafen von London angekommen ist und dort geladen wurde, ist die Jessica aus Hamburg. Die Besatzung durfte nicht an Land gehen und der Bericht der Ladung wurde geheimgehalten. Das Publikum war nicht unterrichtet. Es werden noch andere deutsche Schiffe erwartet.

Rätegegner. Die Beamten und Diener der Nationalversammlung in Wien lehnten mit Ausnahme von drei Beamten und einem Diener die Vornahme von Wahlen zum Arbeiterrat ab.

Wirtschaft.

Der Kapitalbedarf der Industrie.

Wie stark die Kapitalaufnahme durch die Bedürfnisse der Industrie geworden ist, zeigt eine von der Bankfirma Stenger, Hoffmann u. Co. veröffentlichte Aufstellung. Danach sind im Monat November rund nominal 1045 Millionen Mark neue Aktien vorgeschlagen oder beschlossen worden, ein Betrag, der selbstverständlich nicht das volle Ausmaß des industriellen Kapitalbedarfs darstellt, weil er nur die Nominalsumme angibt. Der ausmachende Betrag dürfte vermutlich um mindestens 150 Millionen Mark höher sein, weil das Kursaufgeld in zahlreichen Fällen sehr erheblich ist. Im ganzen Jahre 1912, einem Jahre starker Kapitalaufnahme, betrug das von Aktiengesellschaften angeforderte Aktienkapital nur 663 Millionen Mark nominal. Zu der Summe sind ferner für November hinzuzurechnen etwa 200 Millionen Mark industrielle Obligationen, so daß insgesamt mit beinahe 1½ Milliarde Mark industriellem Geldbedarf allein für einen Monat zu rechnen gewesen wäre. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß in der Novemberziffer die starke Kapitalserhöhung des Anilinkonzerns mit rund 600 Millionen Mark inbegriffen ist, eine Summe, die sich in den nächsten Monaten voraussichtlich kaum wiederholen dürfte.

Unabhängiger Parteitag.

Für und gegen Moskau. — Fritz Adler, der Opportunist. Das Aktionsprogramm.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Hilferding setzt sich mit dem Bolschewismus noch auseinander. Der Terrorismus, wie er in Moskau inszeniert worden sei, sei **unsittlich** und widerspreche dem Geist der Menschlichkeit. (Unruhe und Zurufe.) **Unschuldige** Menschen seien verantwortlich gemacht und sogar **getötet** worden. Das hat die russische Kriegsführung getan und dagegen haben wir uns aufgebäumt, weil es im Widerspruch mit der Menschlichkeit steht. (Zustimmung.) Es gibt allerdings Leute, die meinen, daß der Marxismus einen solchen Standpunkt **erlaube**. Das ist durchaus falsch, das ist nicht Marxismus, das ist Bismarck, die Blut- und Eisenpolitik. Der **Terrorismus** ist etwas **absolut Unsittliches**. Die Bolschewisten brauchen

die Weltrevolution.

Sie haben nur das Interesse, uns zu ihrem **Werkzeug** zu machen. (Großer Lärm.) Ich muß die Partei **warnen**, sich von den Bolschewisten ins Schlepptau nehmen zu lassen. (Erneuter Lärm.) Ununterbrochen wird dann verlangt werden, daß wir uns den Beschlüssen von Moskau **unterwerfen** müssen. Wir können uns nicht einer Organisation anschließen, bei der wir wenig zu sagen haben. Wenn wir den Anschluß an Moskau beschließen, dann wäre es ein Triumph der deutschen Kommunisten, die nichts weniger wünschen und erwarten. (Zurufe links und Unruhe.) Die deutschen Kommunisten sind am Ende. (Höhnende Zurufe von der Tribüne.) Wenn die Kommunisten sich stark fühlten, dann würden sie gegen uns ebenso ablehnend sein, wie sie es früher waren; weil dies nicht der Fall ist, darum **umwerben** sie uns und machen uns heimlich Versprechungen, daß uns in dem Moskauer Bureau ein Sitz eingeräumt werde. Die Frage, ob wir nach Genf gehen sollen, ist für mich nicht eine entscheidende Frage, sondern eine taktische. (Unruhe und Zurufe.) Ich bin **gegen jede Abstinenzpolitik**. Wir können in Genf **Abrechnung** halten. (Zurufe.) Von dem Ergebnis können wir unsere Stellungnahme abhängig machen. Der Anschluß an Moskau wäre verfehlt, weil er unsere Selbständigkeit aufhebt und uns restlos den Bolschewisten ausliefert. Wir müssen den Aufbau einer Internationale betreiben, die uns nicht ausschließt von den westeuropäischen Arbeitermassen, aber auch nicht von den heroisch kämpfenden Proletariern des Ostens. (Lebhafte Zustimmung.)

Stoecker tritt entschieden für den Anschluß an die Moskauer Internationale ein. Er verlangt eine klare und scharfe Absage an die zweite Internationale und wendet sich sehr scharf

gegen Kautsky.

Er meint, daß die Moskauer Beschlüsse nicht die Unabhängigen für den Bürgerkrieg festlegen werden. Gewalt werde nur angewendet als Gegenmaßregel. Die Partei werde sich weder für noch gegen den Bürgerkrieg festlegen lassen. Der Terrorismus sei von jeher ein Mittel der **Reaktion** gewesen, und es sei die **Schwäche** der Revolution gewesen, daß sie sich an die Gesetze der **Menschlichkeit** gebunden hätte. (?!) Die Reaktion habe Tausende von terroristischen Opfern aufzuweisen. Er erinnere an die Tätigkeit der Weißgardisten, an die Revolutionsopfer in Berlin, München und Budapest, an die reaktionäre Pogrombetze in der Ukraine. Der Redner legt der Versammlung eine Entschließung vor, die mit unterzeichnet ist von Braß, Koenen, Kurt Rosenfeld und Toni Sender, in der der Anschluß an Moskau verlangt wird. Die Entschließung fordert den Bruch mit den sozialistisch-imperialistischen Elementen, die das Vaterland über die sozialistische Internationale stellten.

Bei Beginn der

Nachmittagssitzung

bringt Vorsitzender **Lipinski** einen Artikel des unabhängigen „Gothaer Volksblatt" zur Sprache, in dem ein Teilnehmer über das Auftreten Friedrich Adlers auf dem Parteitag schreibt, daß, wenn ein deutscher Delegierter eine solche **opportunistische** Rede gehalten hätte, die direkt einem Verrat der Revolution gleiche, so hätte man ihn vom Podium **heruntergeholt**. Das Präsidium habe aber nichts Eiligeres zu tun gehabt, als Adler auch noch auf ein größeres Publikum loszulassen, und ihn in einer großen Volksversammlung sprechen zu lassen. (Große Unruhe.) Lipinski bemerkt dazu: Es widerspricht der **Gastfreundschaft**, wenn ein Mitglied des Parteitages einen Gast des Parteitages derartig heruntermacht. (Lebhafte Zustimmung und Rufe: Unerhört!)

Geithner-Gotha erklärt dazu, daß der Artikel sich gegen die **Stimmungsmache** mit der Person Adlers richte. (Große Unruhe und Gelächter.)

Es wird dann der Versammlung

das Aktionsprogramm

zur Beschlußfassung vorgelegt. Die entscheidenden Punkte dazu lauten:

Die Diktatur des Proletariats ist ein revolutionäres Mittel zur Erringung der sozialen Demokratie. Die Organisation der sozialistischen Gesellschaft erfolgt nach dem Rätesystem. Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die Unabhängige Sozialdemokratie planmäßig und systematisch gemeinsam mit den revolutionären Gewerkschaften und den proletarischen Räteorganen aller politischen, parlamentarischen und wirtschaftlichen Kampfmittel. Das vornehmste und entscheidende Kampfmittel ist die Aktion der Masse. Die U. S. P. **verwirft gewaltsames** Vorgehen einzelner Gruppen und Personen.

Die Entschließung wurde einstimmig unter stürmischem Beifall angenommen.

Es wird dann die Besprechung der Stellungnahme zur Internationale fortgesetzt.

Lebebour verbreitet sich mehrere Stunden über alles mögliche. Mit Hilferding will er nicht in einen Topf geworfen werden. Hilferding wolle die alte Internationale wieder aufwärmen. Lebhaft beklagt er sich dann über die Angriffe der Kommunisten und der Moskauer Internationale. Als er die Angriffe Lenins auf Kautsky gelesen habe, habe er das Gefühl der Uebelkeit gehabt. Jeder Satz sei

ein Kübel Unrat.

Er wisse nicht, ob er mit Kautsky immer in einer Partei zusammen sein werde, aber er werde immer Achtung vor Kautsky als Charakter und Sozialist haben. — Lebebour fordert eine gemeinsame Konferenz, auf der die Unabhängige Partei gleichberechtigt sei. Das sei allein die Haltung, die sich mit der **Ehre** der Partei vertrage. (Zuruf: Prinzipien-, nicht Ehrenfrage!) Er empfiehlt eine Resolution, in der eine Absage an die sogenannte zweite Internationale gefordert wird, ferner wird lebhaftes Bedauern über die Gründung der kommunistischen Internationale ausgesprochen, die unter Bruch der Zimmerwalder Abmachungen hinter dem Rücken und ohne Zuziehung der U. S. P. erfolgt sei. Der Parteitag solle beauftragt werden, für die Zusammenberufung einer Konferenz aller zur Räteorganisation und zur Diktatur des Proletariats sich bekennenden sozialistischen Organe einschließlich insbesondere der kommunistischen Internationale, unverzüglich Schritte einzuleiten.

Weiterberatung Freitag.

Gewerkschaftsbewegung

Streik der Postaushelfer in Köln.

In Köln sind, einer Privatmeldung des „Vorwärts" zufolge, am gestrigen Donnerstagvormittag die bei dem Telegraphenamt, Postscheckamt und Fernamt beschäftigten männlichen und weiblichen Aushelfer in Streik getreten, angeblich weil die von ihnen geforderte Lohnerhöhung abgelehnt wurde. Die britische Behörde gestattet zwar den Streik, duldet aber keine Bedrohung der Arbeitswilligen.

Ende des Kampfes im Elberfelder Gastwirtsgewerbe.

Nach vierwöchiger Dauer ist der Kampf im Elberfelder Gastwirtsgewerbe durch Schiedsspruch beendet. Daß es im Gastwirtsgewerbe möglich ist, einen Kampf von vierwöchiger Dauer zu führen, hat auch erst die große Umwälzung mit sich gebracht. Unmittelbar nach der Revolution strömten die Massen der gastwirtschaftlichen Angestellten ihrer Organisation dem Verband der Gastwirtsgehilfen, in hellen Haufen zu — die Lohnkämpfe waren kurz und siegreich! Das ist anders geworden: auch die gastwirtschaftlichen Unternehmer haben ihre Organisation ausgebaut und suchen nun die im ersten Ansturm von den Gehilfen eroberten Positionen zurückzugewinnen; in Elberfeld-Barmen handelte es sich letzten Endes um Wiedereinführung des Trinkgeldsystems; doch wurde dank der Geschlossenheit der Gehilfenschaft der energisch und mit allen Mitteln geführte Gegenangriff der Unternehmer abgeschlagen. — Und wenn auch sonst keine nennenswerten Verbesserungen bei dem zähen Ringen herausgekommen sind, die eine Lehre ist den gastwirtschaftlichen Angestellten doch mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt worden, daß nämlich ihnen vor allen Dingen nottut: **Die Einheitsorganisation auf freigewerkschaftlicher Grundlage.**

•

Die Forderung auf Beseitigung des Kost- und Logissystems im Gastwirtsgewerbe wurde bei den bisher im Jahre 1919 geführten zahlreichen Kämpfen mit Rücksicht auf die schwierigen Verpflegungs- und namentlich Wohnungsverhältnisse vom Verband der Gastwirtsgehilfen nicht erhoben; nachdem aber die Herren Unternehmer dieses Entgegenkommen der Organisationsleitung mit brutalstem Terrorismus beantwortet und selbst das weibliche Hilfspersonal im wahrsten Sinne des Wortes „auf die Straße gesetzt" hatten, schreibt nunmehr „Der Gastwirtsgehilfe", daß bei Wiederkehr solcher Vorkommnisse die Forderung: „Fort mit dem Kost- und Logiswesen" an erster Stelle stehen und durchgeführt werden müsse.

Zum Angestelltenstreik bei der bekannten Wochenschrift „Berliner Hausfrau", worüber wir in unserer Sonntagsnummer berichteten, wird uns noch folgendes mitgeteilt: Die Firma bringt erneut in einem Schreiben an den Angestelltenausschuß zum Ausdruck, daß sie den jetzt zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden abgeschlossenen Tarif nicht anerkennen will. Der bisherige Tarif würde in Geltung bleiben können, wenn die Angestellten den Kampf aufgäben. Hausfrauen! Jede Erhöhung des Abonnementspreises habt Ihr bis jetzt willig getragen in dem Glauben, daß die Gründe hierfür die Erhöhung der Gehälter und Löhne rechtfertigten. Wie sieht es nun aber in Wirklichkeit aus! Der neue, den Erfordernissen des Lebens Rechnung tragende Tarif wird abgelehnt und die Angestellten werden daher in den Streik gezwungen. Auch dem technischen Personal droht die Firma mit Verkürzung der Arbeitszeit und der Verringerung des Lohnes unter der Maske des Arbeitsmangels. Die Firma bringt aber durch ihr Verhalten allein nur diesen Arbeitsmangel hervor. Leserinnen der „Berliner Hausfrau", unterstützt den Kampf der Angestellten um eine menschenwürdige Existenz.

Der Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin, teilt mit: Für Sonntag, den 7. Dezember, wird von der Ortsvereinigung Groß-Berlin für Angestellten-Heimstätten eine Versammlung nach dem Zirkus Busch einberufen. Unter den in der Ortsvereinigung zusammengefaßten Organisationen ist auch der Zentralverband der Angestellten genannt. Wir erklären hierdurch, daß wir unser Einverständnis dazu nicht gegeben haben und bei dem Vorstand der Ortsvereinigung Verwahrung gegen die mißbräuchliche Benutzung unseres Namens eingelegt haben.

Beweislose Behauptungen. Zu der unter obiger Ueberschrift veröffentlichten Notiz des Zentralverbandes der Angestellten in der Abendausgabe vom Sonnabend, den 29. November, erhalten wir vom Angestelltenverband der Putz- und Modeindustrie, Sitz Berlin, folgende Entgegnung: Es entspricht nicht den Tatsachen, daß in einer am 26. November d. J. stattgefundenen öffentlichen Versammlung der Angestellten der Putz-Employs-Branche, der Generalsekretär des Angestelltenverbandes der Putz- und Modeindustrie Herr Salzwedel erklärt haben soll, daß von seiner Seite der Zentralverband der Angestellten aufgefordert worden ist, mit ihm zusammen über einen neuen Tarifvertrag zu verhandeln. Es konnte und brauchte dies auch nicht zu geschehen, da zwischen beiden Verbänden keinerlei Abmachung besteht, die die eine oder andere Partei zur Erfüllung dieser Bedingung verpflichtet.

Ebenso ist es unrichtig, daß der Angestelltenverband der Putz- und Modeindustrie den Zentralverband der Angestellten nicht von der Einreichung der Forderung von prozentualen Zuschlägen (Teuerungszulagen) auf die alten Gehälter, so zeitig in Kenntnis gesetzt hat, daß es dem Zentralverband der Angestellten nicht möglich gewesen wäre, sich dieser Forderung anzuschließen und vor dem Schlichtungsausschuß mit zu vertreten.

Es kann also nicht dem Angestelltenverband der Putz- und Modeindustrie ein Vorwurf gemacht werden, wenn die Angestellten der Branche noch nicht im Besitze einer Teuerungszulage sind, sondern lediglich dem Zentralverband der Angestellten, der aus rein agitatorischen Gründen heraus die Teilnahme an diesen Verhandlungen ablehnte.

Herr Max Krummrei ersucht uns um Aufnahme folgender Zuschrift:

Es entspricht nicht den Tatsachen, wenn in der Abendausgabe Nr. 616 des „Vorwärts" betont wird, in den Kreisen der revolutionären Räteanhänger des Buch- und Steindruckereihilfsarbeiterverbandes beginne man, verdienstvolle Angestellte zu beseitigen, um sie durch „klassenbewußte" Arbeiter zu ersetzen. Die beiden Angestellten, von denen nur die Rede sein kann, haben selbst ihren Posten verlassen. Die neugewählten Angestellten, die allerdings auf dem Boden des revolutionären Räteprinzips stehen, vereinigten 2756 resp. 2654 Stimmen auf ihre Namen gegenüber 884 resp. 551 Stimmen der Anhänger der Arbeitsgemeinschaften. Wenn ferner darauf hingewiesen wird, daß ich jede Tarifpolitik im Sinne der Arbeitsgemeinschaften ablehne, so stimmt das. Bemerken möchte ich jedoch, daß in der Frage des Reichstarifes das Gros der Berliner Kollegenschaft auf einem ablehnenden Standpunkt steht, desgleichen auch der gesamte Vorstand. Unzutreffend ist auch, daß ich mich von den Unternehmern für die wichtige Arbeit des Granatendrehens reklamieren ließ. Da ich vom Heere als dienstuntauglich entlassen wurde, hatte ich nicht nötig, mich reklamieren zu lassen. Im übrigen war es der Wille der Mehrheit, der bisher in jeder Frage die Entscheidung brachte.

Herr Krummrei legt noch Wert auf die Feststellung, daß er nicht der U. S. P., sondern der K. P. D. angehört.

Dazu bemerkt unser Gewährsmann:

Die Berichtigung des Herrn Krummrei rennt offene Türen ein. Wir hatten geschrieben . . . „einer ihrer eifrigsten Wortführer, der Unabhängige . . . Herr Krummrei fordert fortgesetzt auf, jede Tarifpolitik mit den Unternehmern abzulehnen . . ." Herr Krummrei belehrt uns, daß er nicht Mitglied der U. S. P. ist, sondern Kommunist.

Ferner „berichtigt" er, daß er „jede Tarifpolitik im Sinne der Arbeitsgemeinschaft" ablehnt. Auch gegen die „wichtige Arbeit" des Granatendrehens" wendet sich die „Berichtigung". Warum sagt Herr Krummrei nicht, welche Tätigkeit er, — der doch Buchdruckereihilfsarbeiter ist, — in den Spandauer Heereswerkstätten ausgeübt hat? Eins zu erwähnen hat die „Berichtigung" vergessen: Wie lange Herr Krummrei überhaupt schon politisch organisiert ist? Sollte der Herr die Mitglieder, die S. P. D. sind, weiterhin außerhalb des Statuts stellen wollen, werden wir uns diesen Gralshüter der Räteherrschaft noch etwas genauer ansehen.

S. P. D.-Funktionäre des Siemenskonzerns und Metallarbeiter-Vertrauensleute werden dringend ersucht, am Sonnabend, 6. Dezember, nachmittags 2½ Uhr, im Lokal „Zur Schleuse", am Bahnhof Jungfernheide, zu erscheinen.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe 17 (Mehl) Versammlung: Sonnabend, den 6. Dezember, abends 7½ Uhr in der „Bierglocke", Belle-Alliancestr. 106.

Jugendveranstaltungen.

Steglitz-Friedenau. Erster Elternabend am Sonnabend, den 6. Dez., im kleinen Saal des Schloßpark, Schloßstr. 48. U. a. Rezitationen, Klavier- und Gesangsvorträge. Karten zum Preise von 1,15 M. in der „Vorwärts"-Expedition, Friedenau, Könnebergstraße, und bei den Funktionären der Wahlkreise Friedenau und Steglitz erhältlich.

Marienfelde. Jugendheim, Gesangsaal des Lyzeums in der Ringstraße: Mädchenabend.

Verantw. für den redaktion. Teil: Artur Fickler, Charlottenburg; für Inseraten: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.